



AKTUELLES
Entscheidender Schritt
in Richtung Smart Campus:
Das RRF Projekt

VERANSTALTUNGEN
Deutsch-Ungarisches
Forum 2022 endlich
wieder in Präsenz

Nachhaltigkeit in der globalen
Finanzwirtschaft:
AUB erneut Tagungsgastgeber

IM FOKUS
Multilateralismus
in Zeiten der Krise

andrassy

NACHRICHTEN

2023
Sommersemester

NACHRICHTEN
DER
ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST



ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST

IMPRESSUM

24. Ausgabe der Andrassy Nachrichten
(14. Jahrgang, 1. Ausgabe), Auflage: 350 Stück,
Erscheinungsdatum: 06.02.2023

Herausgeber: Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger,
Rektor der Andrassy Universität Budapest

Redaktion: Prof. Dr. Ellen Bos, Prof. Dr. Zoltán
Tibor Pállinger und das Referat für Marketing
und Kommunikation

Design: Bencium Grafikbüro

Layout und Satz: Zsuzsa Urbán

Druck: H-ART Kft.

Die Redaktion behält sich vor, eingereichte Texte sinngerecht
zu kürzen und zu bearbeiten. Die Verantwortung für den Inhalt
liegt bei den jeweiligen AutorInnen.

Sofern nicht anders angegeben, liegen die Urheberrechte
der Abbildungen bei Képszerkesztőség: Gábor Ancsin,
Zoltán Tuba; den jeweiligen AutorInnen, oder diese sind
gemeinfrei. Die Urheberrechte aller MitarbeiterInnenfotos
liegen bei Csaba Németh.

Andrassy Universität Budapest
Pollack Mihály tér 3.
H-1088 Budapest
Telefon: +36 1 266 3101
www.andrassyuni.eu
USt-Id-Nr.: HU18173967

VORWORT DES REKTORS	2	Holocaust Literatur der Zweiten Generation	22
<hr/>			
AKTUELLES	3	Deutsch-Ungarisches Forum 2022	22
Die Deutsche Botschafterin an der AUB	3	Die ungarische Weltraumpolitik und Diplomatie	25
Delegation von Schweizer Abgeordneten zu Gast an der Andrássy Universität Budapest	3	Statt roter Welle – blaue Zuversicht?!	26
Einen Schritt näher am Konzept des Smart Campus mit dem RRF Projekt	4	Zweite Tagung zur Digitalen Transformation und Nachhaltigkeit in der globalen Finanzwirtschaft an der AUB	26
Neukonstituierung des Universitätsrates	4	Taiwan – ein Land mit vielen Herausforderungen	28
Neuer Rahmenvertrag zur binationalen Promotion mit der Universität Hildesheim	5	Im Krieg gibt es keine Atheisten	30
Memorandum of Understanding	5	<hr/>	
Neue Zuschüsse für Chancengleichheit im Rahmen der Erasmus+ Mobilitätsprogramme für Studierende	5	IM FOKUS	31
Erasmus Besuch aus Rumänien	6	Der Multilateralismus in der Krise	31
Der Alumni Verein wird zum Alumni Klub	7	Die Schweizer Neutralität auf dem Prüfstand	32
Verleihung des Erzherzog-Johann-Forschungspreises des Landes Steiermark an AUB-Oberassistent MMag. Dr. Markus Roschitz	7	Alte-neue Methode der Konfliktforschung: Ist Gewaltprävention durch Literatur möglich?	35
Gedenkschrift zu Ehren von Miklós Kengyel feierlich vorgestellt	8	Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif – Zur Notwendigkeit einer neuen europäischen Sicherheitsstruktur	37
Medienspiegel	9	<hr/>	
Personalia	10	PORTRAIT	40
<hr/>			
VERANSTALTUNGEN IM WINTERSEMESTER 2022/23	10	Wer war Graf Gyula Andrássy?	40
Feierliche Eröffnung des Studienjahres 2022/2023	10	Auf den Spuren von Graf Andrássy	41
Erasmus+ Projekt DIGIGEN	12	<hr/>	
Minderheiten als Brückenbauer	13	SEMESTERÜBERBLICK DER STUDIERENDENSCHAFT, DOKTORANDINNE & ALUMNI	43
Internationales Doktorandenseminar (IDS) tagt erneut in Budapest	15	Entspanntes Kennenlernen mit Picknick und Grillfest	43
Podiumsdiskussion zur Wissenschaftsfreiheit in Ungarn	16	Andrássy Ball 2022	44
Kulturpolitik ist Friedenspolitik	17	Storchenlager 2022	45
Europäische Perspektiven nach dem russischen Angriffskrieg	18	Awareness Wochen mit Comedy Abend an der AUB	45
Demografie – Die unterschätzte Herausforderung des 21. Jahrhunderts	20	Portrait: Neuer Vorsitz der Studierendenschaft	46
CBC in Crisis: Does Institutionalized CBC Contribute to Resilience and Innovation	21	Diskussionsrunde zum Thema „Erasmus Irrglauben“	47
<hr/>			
		Erstsemester und Erasmus Studierende besuchen die Rumbach Synagoge in Budapest	48
		Jahresrückblick der Alumni	49
		Karrierechancen nach der AUB	50

Vorwort des Rektors

Liebe Leserin, lieber Leser,

das abgelaufene Semester hinterlässt einen zwiespältigen Eindruck. Auf der einen Seite fand unser 20-jähriges Jubiläum mit einem bunten Reigen an Veranstaltungen einen würdigen Abschluss. Auf der anderen Seite wurde das Leben unserer Universität wieder stark durch die Ereignisse in unserem globalen und europäischen Umfeld geprägt. Auch wir konnten uns den Auswirkungen der durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ausgelösten Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage nicht entziehen. Als Stichworte seien nur die steigende Unsicherheit, die hohe Inflation und insbesondere die Steigerung der Energiepreise genannt. Diese Entwicklungen haben dazu geführt, dass die AUB zu Energiesparmaßnahmen greifen musste. Neben der Begrenzung des Energieverbrauchs haben wir uns entschieden, für die Dauer der Semesterferien und der Prüfungsperiode „Heizferien“ einzuführen. Die Mitarbeitenden verlagerten ihre Tätigkeit ins Home Office und für die Leistungskontrolle wurde auf Alternativen zu den Präsenzprüfungen zurückgegriffen. Dank des Einsatzes aller MitarbeiterInnen und Studierenden und des Erfahrungsschatzes, den wir während der Pandemie gewonnen hatten, klappte die erneute Umstellung reibungslos.

Die viel beschworene „Zeitenwende“ hat zwar zu mehr Unsicherheit und Volatilität geführt, aber es hat sich auch gezeigt, dass die AUB als Organisation flexibel auf die Veränderungen reagieren konnte – wir sind agiler geworden. Wie umgehen mit der neuen herausfordernden Situation? In einem Gespräch mit der schweizerischen Online-Publikation „Republik“ hält das ukrainische Schriftstellerehepaar Iryna Tsilyk und Artem Tschech fest, dass sich alles verändert habe, aber es ein großer Fehler sei, zu warten. [«Wir können unser Leben nicht auf Stand-by stellen.»¹](#) Die Lektüre dieses Satzes hat mich frappiert. Er beschreibt sehr genau die Herausforderung, vor der wir als Universität, aber auch als Individuen stehen. Wir müssen unsere alltäglichen Herausforderungen bewältigen, aber dürfen gleichzeitig auch nicht die langfristigen Perspektiven aus den Augen verlieren. In diesem Sinne hat uns das 20-jährige Jubiläum eine willkommene Möglichkeit zur Selbstreflexion geboten. Aus der Rückschau heraus konnten wir bestehende Stärken und Schwächen identifizieren. Gleichzeitig wirft ein solches rundes Jubiläum auch die Frage danach auf, wie es in den nächsten Jahren weitergehen soll.

Als Universität sind wir forschend in der Produktion von neuem Wissen, lehrend in der Weitergabe des Wissens und in unserer dritten Mission vermittelnd zwischen der Welt der Wissenschaft und dem Publikum tätig. Als er-

folgreiche Organisation sind wir darauf angewiesen, dass alle Statusgruppen, Mitarbeitende und Studierende, an einem Strick ziehen und ausgehend von einer gemeinsamen Wertebasis kreativ an der Bewältigung unserer Aufgaben mitwirken. Um unsere Relevanz für alle Stakeholder zu erhalten, müssen wir Orientierungen für die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen bieten und zielgruppengerecht vermitteln.

Wenn Sie die vorliegende 24. Ausgabe der Andrássy Nachrichten zur Hand nehmen, sehen Sie, liebe Leserin, lieber Leser, dass die Universität auch im abgelaufenen Semester ein Ort der Begegnungen und des Austauschs war. Anlässlich der feierlichen Jahreseröffnung hob unsere Gastrednerin, die stellvertretende Staatssekretärin für die Entwicklung der europäischen Beziehungen im ungarischen Außen- und Außenhandelsministerium Kristina Varju, die Einzigartigkeit und die Bedeutung der AUB hervor. Sie sei das Ergebnis einer lang andauernden Kooperation zwischen den Partnern. Die AUB würde, so Varju, den Studierenden die notwendigen Kenntnisse über Mittel- und Osteuropa vermitteln und ihnen zu einem vertieften Verständnis der Region verhelfen und sie damit in die Lage versetzen, besser auf eventuelle Probleme reagieren zu können. Des Weiteren konnten wir im Oktober 2022 nach zwei Jahren Unterbrechung das Deutsch-Ungarische Forum endlich wieder in Präsenz organisieren. Anlässlich des 30. Jahrestags der Unterzeichnung des „Vertrags über freundschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen Ungarn und der Bundesrepublik Deutschland“ wurden neben dem Gedanken- und Erfahrungsaustausch von Akteurinnen und Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Zivilgesellschaft über aktuelle bilaterale Themen auch die mögliche Weiterentwicklung der deutsch-ungarischen Beziehungen diskutiert.

Auch im vergangenen Wintersemester hat sich die AUB inhaltlich mit den großen Herausforderungen der Zeit auseinandergesetzt. Selbstverständlich standen dabei die gegenwärtig ablaufenden geopolitischen Umwälzungen im Zentrum. In verschiedenen Veranstaltungen wurden mögliche europäische Perspektiven und auch die Aussichten für eine neue (globale und europäische) Friedensordnung diskutiert. Diese Fragestellungen werden auch im Schwerpunktteil dieses Heftes, in dem unterschiedliche Facetten der gegenwärtigen Krise des Multilateralismus beleuchtet werden, vertieft. Selbstverständlich wurden neben diesen eher sicherheitspolitischen Themen auch der Megatrend der Digitalisierung, (insbesondere auch unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit in der globalen Finanzwirtschaft), die Perspektiven zur Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowie die Demographie nicht vernachlässigt. Insgesamt konnte die Universität wiederum ein reichhaltiges Menü an akademischen Veranstaltungen präsentieren, bei welchem Nachwuchsförderung und



etablierte Wissenschaft in einem ausgewogenen Verhältnis standen.

Die AUB als Organisation hat mit dem Projekt *Andrássy Digital Transformation and Employability Step up* (AnDTiES), welches aus dem Instrument für Konjunkturbelebung und Krisenbewältigung (Aufbau- und Resilienzfähigkeit) der Europäischen Union unterstützt wird, einen wichtigen Schritt in die digitale Zukunft getan. Neben infrastrukturellen Maßnahmen wird im Rahmen dieses Projekts auch in (Weiter-)Bildung der Mitarbeitenden und Studierenden investiert. Mit der Umwandlung des Alumni Vereins in den Alumni Klub konnte eine Entbürokratisierung erreicht werden, welche der inhaltlichen Arbeit zugutekommt. Auch die Studierendenschaft war im letzten Semester außerordentlich aktiv. Insbesondere sind dabei die Awareness-Wochen hervorzuheben, welche die Studierendenschaft in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Chancengleichheit organisiert hat. Mit einem vielfältigen Programm ist es gelungen, die BürgerInnen der Universität verstärkt für Fragen der Gleichstellung zu sensibilisieren und Anregungen für unsere tägliche Arbeit zu gewinnen. Die Awareness-Wochen sind ein Beispiel für den Geist der Kooperation und des Respekts an der AUB, werden doch alle Statusgruppen in die Organisation miteinbezogen.

Im nächsten Semester stehen wichtige Arbeiten an. So haben wir im letzten Herbst entschieden, aus unserer Strategie die Schaffung der Europäischen Universität und die Einführung eines Bachelors zu priorisieren. Ich setze darauf, dass wir bei der Realisierung dieser für die Zukunft der AUB so wichtigen Projekte auf ihre Unterstützung zählen können. Obwohl es sich noch nicht absehen lässt, hoffe ich, dass unser Kontinent in diesem Jahr dem Frieden näher kommt und wir in Zukunft wieder mit „positiveren“ Rahmenbedingungen agieren können. Ich wünsche uns allen ein erfolgreiches Sommersemester 2023!

¹ <https://www.republik.ch/2023/01/21/iryna-tsilyk-und-artem-tschech-es-ist-unsere-aufgabe-voll-und-ganz-zu-leben> (letzter Zugriff: 23.01.2023).

Aktuelles

NACHRICHTEN AUS DEM UNIVERSITÄTSLEBEN

Die Deutsche Botschafterin an der AUB

Nach vier Jahren als ständige Vertreterin an der Deutschen Botschaft in London hat I.E. Julia Gross im September 2022 die Leitung der Deutschen Botschaft Budapest übernommen.

Aus diesem Anlass wurde die Botschafterin zu einem Kennenlerngespräch an die Andrássy Universität eingeladen. Am 13. Oktober 2022 begrüßte die Universitätsleitung Frau Botschafterin Gross an der AUB. Im Rahmen des Gesprächs wurde der Botschafterin die Universität vorgestellt und es wurde über die weitere Zusammenarbeit sowie über die strategische Weiterentwicklung der AUB gesprochen.

Dóra JANKOWSKI



v.l. Kirsten Ahlers (Leiterin des Kulturreferats der Deutschen Botschaft Budapest), Prorektorin Prof. Bos, Rektor Prof. Pállinger, I. E. Botschafterin Julia Gross, Kanzlerin Dr. Dobrin, Prorektor Prof. Okruch

Delegation von Schweizer Abgeordneten zu Gast an der Andrássy Universität Budapest



Timotheus Bruderer, Jean-Luc Addor, Zoltán Tibor Pállinger, Andreas Glarner, David Zuberbühler, Martin Haab

Am 3. Oktober 2022 begrüßte Rektor Pállinger Vertreter der Freundschaftsgruppe „Schweiz – Ungarn“ des schweizerischen Parlaments an der AUB.

Im Gespräch mit den Nationalräten Andreas Glarner, Jean-Luc Addor, Martin Haab und David Zuberbühler, sowie dem Sekretär der Freundschaftsgruppe Timotheus Bruderer stellte Pállinger die Universität vor und gab einen Überblick über solche Projekte und Veranstaltungen an der AUB, die in einem Bezug zur Schweiz stehen.

Dóra JANKOWSKI

Einen Schritt näher am Konzept des Smart Campus mit dem RRF Projekt

Im Juli 2022 startete das Projekt *Andrássy Digital Transformation and Employability Step up* (AnDTiES), in dessen Rahmen die digitale Infrastruktur der AUB gestärkt werden soll.

Im Kontext von AnDTiES ([Projekt Nr. RRF-2.1.2-21-2022-00016](#)) wird die digitale Infrastruktur der Universität erneuert. So wurden mit Unterstützung des Instruments für Konjunkturbelebung und Krisenbewältigung (Aufbau- und Resilienz-

fazilität) der Europäischen Union in den letzten Monaten 55 PCs und 55 Monitore angeschafft. Ziel ist es, ein digitales Toolkit zu schaffen, das eine hochwertige Infrastruktur für die Durchführung von geschlossenem E-Learning bietet. Durch das Projekt konnte auch ein Abonnement des Plagiatsprüfungsdienstes „Turnitin“ finanziert werden, was einen positiven Einfluss auf die Qualität von Lehre und Forschung hat. Das Projekt dient auch dazu, Weiterbildungsangebote für Studierende

und Mitarbeitende zu ermöglichen. Während des Wintersemesters wurden drei Sprachkurse für Studierende angeboten (Englisch, Deutsch und Französisch) sowie Excel-Kurse (für Fortgeschrittene und Profis) für das Verwaltungspersonal organisiert.

Iringó NEMES



Neukonstituierung des Universitätsrates

Der Universitätsrat, der 2010 als strategisches Gremium gegründet wurde, konstituiert sich alle vier Jahre neu – so auch im Februar 2023. Der Universitätsrat besteht aus 11 Personen, die in verantwortlicher Position in Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft oder Politik tätig sind oder waren. Die Mitglieder werden zu gleichen Teilen von der AUB und ihren Partnerländern ernannt (je 1 Mitglied pro Partnerland, entsprechend 5 Mitglieder der AUB), welche dann ein weiteres externes Mitglied und aus dem Kreis der externen Mitglieder die/den Vorsitzende/n wählen. Gemäß der Satzung der AUB (Art. 6 Abs. 1) trägt der Universitätsrat Verantwortung für die Entwicklung der AUB, schlägt entsprechende Maßnahmen vor und kontrolliert, ob Zielvorgaben eingehalten werden.

Personelle Änderungen im Universitätsrat

Die Bundesrepublik Deutschland hat Frau Kirsten Ahlers, Leiterin des Kulturreferats der Deutschen Botschaft Budapest, entsendet, die Nachfolge von Frau Katja Dorrman anzutreten (sie war ebenfalls Kulturreferentin der Deutschen Botschaft, wurde inzwischen aber nach Bern versetzt). Für das Land Baden-Württemberg sitzt künftig Herr Ministerialdirigent Markus Wiedemann im Universitätsrat und löst dort Herrn Dr. Claus-Peter Clostermeyer ab. Die Republik Österreich wird weiterhin von Herrn Mag. Dr. Peter Riedler, dem Rektor der Universität Graz, vertreten, für Ungarn bleibt Herr Gergely Pröhle Repräsentant im Universitätsrat und das Land Bayern wird weiterhin von Frau Dr. Gabriele Stauner repräsentiert.

Von Seiten der AUB wurden am 15. Dezember 2022 folgende 4 Mitglieder in den Universitätsrat gewählt:

Prof. Dr. Martina Eckardt, AUB

Univ.-Prof. Dr. Stephan Klrste,
Universität Salzburg

Dr. Christoph Ramoser,
Abteilungsleiter, Bundesministerium
Bildung, Wissenschaft und Forschung,
Österreich

Prof. Dr. Christian Schubel, AUB

Prof. Dr. Ádám Török, Prof. Dr. Dieter Binder und Prof. Dr. Godehard Ruppert räumen mit der Neukonstituierung ihren Platz im Rat.

Der oder die neue Vorsitzende wird bei der konstituierenden Sitzung des Universitätsrates am 24. Februar per Mehrheitsentscheid von den Mitgliedern gewählt.

Die Andrássy Universität dankt den bisherigen UniversitätsrätInnen für ihren Einsatz für unsere Universität und wünscht dem neuen Team alles Gute für eine erfolgreiche Tätigkeit.

Laura BEURER

Neuer Rahmenvertrag zur binationalen Promotion mit der Universität Hildesheim

Zwischen der Interdisziplinären Doktorschule der AUB und der Philosophischen Fakultät der Universität Passau besteht bereits eine Kooperationsvereinbarung zur Durchführung binationaler Promotionen im Bereich der Politikwissenschaften. In der Senatssitzung vom 17. November 2022 wurde zudem eine Kooperationsver-

einbarung zwischen der Universität Hildesheim und der AUB auf Universitätsebene beschlossen. Somit haben Promovierende nun auch die Möglichkeit, in anderen Disziplinen wie Geschichts-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften ihre Promotion binational durchzuführen. Die Zusammenarbeit mit der Universität Hildesheim trägt außerdem dazu

bei, die Internationalisierung der Doktorschule voranzubringen.

Dóra JANKOWSKI



Memorandum of Understanding

Fachhochschule Burgenland



Treffen auf höchster Ebene – Die AUB und die FHB beraten über neue Kooperationsformen

Mit der Unterzeichnung des Memorandums of Understanding wurde der Grundstein für eine vertiefte Zusammenarbeit gelegt.

Im Herbst 2022 wurde ein Memorandum of Understanding mit der Fachhochschule Burgenland (FHB) unterzeichnet, mit dem Ziel, die Zu-

sammenarbeit zwischen den beiden Institutionen zu vertiefen. So konnte die AUB am 21. November 2022 zum ersten Mal eine Delegation der FHB begrüßen. Rektor Pällinger und Prorektorin Bos begrüßten den Rektor und den Geschäftsführer der FHB, Herrn Prof. Dr. Gernot Hanreich und Herrn Mag. Georg Pehm sowie die Studien-

gangsleiterin für European Studies – Management of EU Projects, Frau Prof. Dr. Gerda Füricht-Fiegl. Die unterzeichnete Vereinbarung ermöglicht es der AUB, FHB-AbsolventInnen über das Angebot der Doktorschule zu informieren. Der fachliche Fokus der Kooperation liegt auf den Politik- und Wirtschaftswissenschaften. Obwohl in der Vereinbarung prioritär eine Kooperation auf Doktoratsebene angedacht ist, wurde bei dem Besuch auch über eine Zusammenarbeit auf Bachelor- und Masterebene gesprochen. In einem ersten Schritt soll die Kooperation durch einen Lehrendenaustausch gefestigt werden. In Zukunft sollen auch gemeinsame Forschungsprojekte konzipiert werden, um weitere Aktivitäten finanzieren zu können.

Dóra JANKOWSKI



Neue Zuschüsse für Chancengleichheit im Rahmen der Erasmus+ Mobilitätsprogramme für Studierende

Das Jahr 2021 leitete eine neue Erasmus Programmphase bis 2027 ein, die viele Neuerungen mit sich bringt. In der neuen

Programmphase wird ein besonderer Fokus auf verschiedene Themen, darunter Inklusion, soziale Teilhabe oder Diversität gelegt. Das Recht

auf soziale Inklusion ist tief in der Europäischen Säule sozialer Rechte von 2017 verankert. Um vollständig am gesellschaftlichen Leben teilzu-

haben und den Übergang in den Arbeitsmarkt erfolgreich zu bewältigen, ist es wichtig, von seinem Recht auf allgemeine und berufliche Bildung und lebenslanges Lernen von hoher Qualität und in inklusiver Form Gebrauch zu machen.

Der Abbau potenzieller Hürden soll die Zugangsbedingungen für Auslandsaufenthalte verbessern. Hierbei spielen finanzielle Maßnahmen in Form von Zuschüssen für Studierende eine tragende Rolle. So kön-

nen beispielsweise Studierende, die erwerbstätig sind oder mit Kindern ihren Auslandsaufenthalt antreten, von finanziellen Zusatzförderungen profitieren. Auch Studierende, die aufgrund der Pandemie in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind oder zum Zeitpunkt ihrer Bewerbung für einen Erasmus Auslandsaufenthalt Studiengebühren bezahlen, können die Zuschüsse für Chancengleichheit beantragen. 250 Euro im Monat für Langzeitmobilitäten sowie 100 Euro

für Kurzaufenthalte und die Möglichkeit, die Beantragung online, also bequem von zu Hause aus zu verrichten, unterstreichen die ambitionierten Ziele und vielfältigen Zugangsmöglichkeiten aller Förderlinien.

Darüber hinaus sollen neue Mobilitätsformate, die auf eine kürzere Mindestaufenthaltsdauer und eine Kombination aus kürzerer Auslandspräsenz mit virtuellen Phasen abzielen, Studierendengruppen, die aus verschiedenen Gründen nur ein begrenztes Zeitkontingent zur Verfügung haben, eine Teilnahme am Erasmus+ Programm ermöglichen.

Patrick HAASLER, Emese KÜRTI

Mehr Informationen finden Sie auf der Webseite der ungarischen Nationalagentur (auf Ungarisch) oder auf der Webseite der AUB (auf Deutsch).



Erasmus Besuch aus Rumänien

Vom 18.–23. September hielt sich Prof. Monica D. Merutiu, Ph.D von unserer Partner-Universität Babes-Bolyai im rumänischen Cluj-Napoca im Rahmen des Erasmus + Teaching Mobility-Programms an der AUB auf. An ihrer Heimatuniversität ist sie Mitglied der Faculty of European Studies.

Neben zahlreichen Gesprächen im Zusammenhang mit Ihren Forschungsinteressen hielt sie im Rahmen des Kurses „Transatlantische Beziehungen“ von Dr. Heinrich Krefl eine Vorlesung zum Thema „Religion and Society in Europe and the United States: a comparative analysis“. Für die Teilnehmenden der Konferenz „Die Bedeutung der autochthonen Minderheiten für die Außen- und Außenwirtschaftsbeziehungen Deutschlands und Ungarns sowie für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit“ im südungarischen Gyula und im rumänischen Arad hielt sie im Rahmen einer Vorbereitungsveranstaltung einen Vortrag zum Thema „The German and Hungarian minorities in Romania from a Romanian perspective“.

Der Austausch wurde nicht nur von den Studierenden, sondern auch von Frau Merutiu als gewinnbringend evaluiert. Sie verließ die AUB mit der Einladung zu einem Gegenbesuch nach Klausenburg.

Heinrich KREFL



Prof. Monica Merutiu
und Dr. Heinrich Krefl

Der Alumni Verein wird zum Alumni Klub

Das Jahr 2022 hat frischen Wind in den Alumni Verein der AUB gebracht. Nicht nur war es endlich wieder möglich nach den Einschränkungen der Pandemie persönliche Treffen zu organisieren und Studierende und Alumni zu vernetzen, es hat sich auch organisatorisch einiges verändert. Aus Alumni Verein wird Alumni Klub!

Die Nachricht des Jahres ist eindeutig die neue Organisationsform der Alumni Tätigkeiten: Nach der Entscheidung der Generalversammlung in Herbst 2022 soll der Alumni Verein aufgelöst und die AUB-Alumni in Form eines Klubs fortgeführt werden.

Hintergrund

In den letzten Jahren hat sich immer deutlicher gezeigt, dass der Verein nicht das beste Format für die Vernetzung der AUB-Alumni ist. Als eine unabhängige legale Entität brachte der Verein sehr viel überflüssige Administration, strikte Teilnahmevorschriften für Versammlungen und weitere Regeln mit sich, die sich nicht gut mit den internationalen Karrieren vieler AUB Alumni und Alumnae vereinbaren lässt. Da der Verein so immer häufiger entscheidungsunfähig blieb, wurde nach gemeinsamen Gesprächen der

Vereinspräsidentschaft mit den MitarbeiterInnen der AUB beschlossen, den Verein aufzulösen und in einen Alumni Klub zu überführen.

Zukunft

Für die aktuellen und zukünftigen Mitglieder des AUB Alumni Netzwerks bedeutet der Wechsel vom Verein zum Klub keinen großen Unterschied – aber es wird eine große Erleichterung für die Mitwirkenden sein. Und das lässt mehr Zeit für die Programmplanung. Also freut euch auf viele tolle Networking-Events. Einen Rückblick über die Veranstaltungen im letzten Jahr gibt es auf Seite 49.

Wer dem Alumni Klub beitreten möchte, braucht nur eine formlose Mail an alumni@andrassyuni.hu zu senden und wird dann in den Verteiler aufgenommen. Ansprechpartnerin der Alumni bleibt Patricia Marity, unterstützt von Tünde Darkó und Fruzsina Vadász.

Patricia MARITY



ALUMNI KLUB

Verleihung des Erzherzog-Johann-Forschungspreises des Landes Steiermark an AUB-Oberassistent MMag. Dr. Markus Roschitz



Preisträger Markus Roschitz mit den steirischen Landesrätinnen Doris Kampus und Barbara Eibinger-Miedl

Am 19. November 2022 wurde Markus Roschitz der mit 12.000 Euro dotierte Preis für seine Monographie „Die NSDAP in der Re-

gion Schwanberg 1930–1938. Eine Mikrostudie“ von Landesrätin MMag. Barbara Eibinger-Miedl feierlich verliehen.

Der Erzherzog-Johann-Forschungspreis des Landes Steiermark wird für hervorragende Leistungen in allen Wissenschaftsdisziplinen, die die politische, geisteswissenschaftliche und technologische Gesellschaftsentwicklung der Steiermark fördern und im Sinne des joanneischen Gedankens voranbringen, vergeben.

In der prämierten Arbeit „Die NSDAP in der Region Schwanberg 1930–1938. Eine Mikrostudie“, erschienen 2020 im StudienVerlag, wird der Frage nachgegangen, wie sich die NSDAP ab dem Ende der 1920er-Jahre in einer steirischen Kleinregion etablieren und trotz des Betätigungsverbots für die österreichische NSDAP im Juni 1933 auch in den Folgejahren ein bedeutender politischer Faktor bleiben konnte. Durch die angewand-

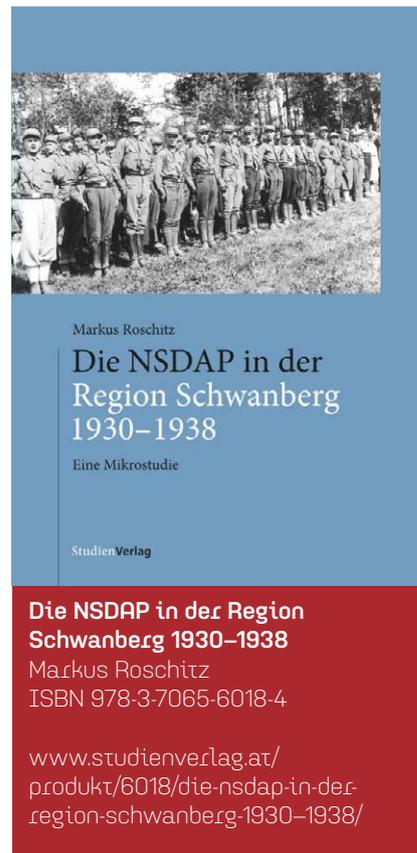


Laudator Prof. Dieter A. Binder

te mikrohistorische Methode zeigt Roschitz, wie Überregionales tatsächlich auf lokaler Ebene umgesetzt wurde und setzt sich differenziert mit den Gegenpolen Makro- und Mikrogeschichte auseinander. Durch den von ihm neu entwickelte Ansatz der „These der politischen Ortsbekanntheit“ werden lokalhistorische Phänomene detailliert erklärt und anhand zahl-

reicher Beispiele durchexerziert. Darüber hinaus wurden bislang unbekannte bzw. nicht rezipierte Quellen erschlossen (darunter umfangreiches Bildmaterial) und für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Wie im Einführungsbuch „Europäische Regionalgeschichte“ (Martin Knoll/Katharina Scharf 2021) zu entnehmen ist, sei dem Autor mit der Monographie ein Grundlagenwerk innerhalb der europäischen modernen Regionalgeschichte geglückt: „Roschitz' Forschungen stehen für einen Brückenschlag zwischen individueller Erfahrungswelt und anonymer Struktur, zwischen Makroperspektive- und der Rekonstruktion von Lebenswelt vor Ort.“ Laudator und Leiter des Lehrstuhls für Kulturwissenschaften an der AUB, Prof. Dr. Dieter A. Binder hob hervor, dass die klar strukturierte und wissenschaftlich fundierte Aufnahme bisher unerforschter Quellen als ein „Quantensprung“ historischen Wissens um eine Region bezeichnet werden muss. Dem Historiker und Philosophen Roschitz sei es gelungen, ein methodisch neues Kapitel in der systematischen Erforschung des lokalen Nationalsozialismus und der Herr-



schaftspraxis des Dollfuß-Schuschnigg Regimes aufzuschlagen.

Anneliese RIEGER

Gedenkschrift zu Ehren von Miklós Kengyel feierlich vorgestellt

Die Gedenkschrift zu Ehren von Miklós Kengyel – ehemaliger Rektor der AUB (2003–2008), verstorben im Jahr 2017 – wurde am 24. November 2022 feierlich vorgestellt. Erschienen ist das Werk im Jahr 2022 in Budapest bei dem Verlag Ludovika Egyetemi Kiadó.

Die Veranstaltung fand im John Lukacs Festsaal der Nationalen Universität für den Öffentlichen Dienst in Budapest statt. Im Rahmen der alljährlichen Buchvorstellung, in welcher der Lehrstuhl für Europäisches Öffentliches Recht und Privatrecht der Nemzeti Közszoalga-ti Egyetem (NKE) die unter seiner Betreuung erschienenen aktuellen Bände dem Fachpublikum präsentiert, trugen zahlreiche AutorInnen sowie die Herausgeber der Gedenkschrift zu Ehren von Miklós Kengyel

(Originaltitel: *Emlékkötet Kengyel Miklós tiszteletére*) vor, um neben der Gedenkschrift auch das eindrucksvolle Leben und Wirken von Miklós Kengyel zu würdigen.

Unter den Vortragenden war unter anderem Verfassungsrichterin Dr. Ágnes Czine, Universitätsdozentin an der Fakultät Staat- und Rechtswissenschaften der Károli Gáspár Universität in Budapest, die auch Mitverfasserin der Gedenkschrift ist und die gemeinsam mit ihrem Ehemann und ihrer Familie Mik-

lós Kengyel und dessen Familie seit vielen Jahrzehnten freundschaftlich verbunden war. Ebenfalls unter den Vortragenden waren Dr. Nóra Edit Chronowski, Universitätsdozentin an der Nationalen Universität für den Öffentlichen Dienst sowie Dr. Miklós Szirbik und dr. Kornélia Kozák, die Miklós Kengyel noch als Studierende an der Andrassy Universität beziehungsweise an der Universität Pécs erleben durften. In ihren Vorträgen gingen sie auch auf ihre persönlichen Erinnerungen an Miklós Kengyel ein. Die anwesenden Gäste hatten die wertvolle Gelegenheit, nicht nur vieles über das fachliche Wirken von Miklós Kengyel zu erfahren, sondern auch darüber, wie er als Mensch war,

als Kollege, Lehrstuhlleiter und Rektor sowie als inspirierender Hochschullehrer und einer der wichtigsten zeitgenössischen Denker des ungarischen Zivilprozesses einschließlich dessen Europäisierung.

Herausgeber des Bandes sind Dr. Károly László Simon, Richter am Gerichtshof Pécs sowie Milán István Hideg, Doktorand der Rechtswissenschaften an der Károli Gáspár Universität. AutorInnen sind Katalin Simonné Gombos, László Juhász, Lilla Király, Mihály Maczonkai, Attila Pókecz Kovács, Károly László Simon, Ágnes Czine, Milán István Hideg, Balázs Hohmann, Krisztián Villám, József Benke, Eszter Bodnár, Dániel-né, Ildikó Kiss, Ernő Fiedler, Adél Köblös, sowie Csaba Ujkéry.

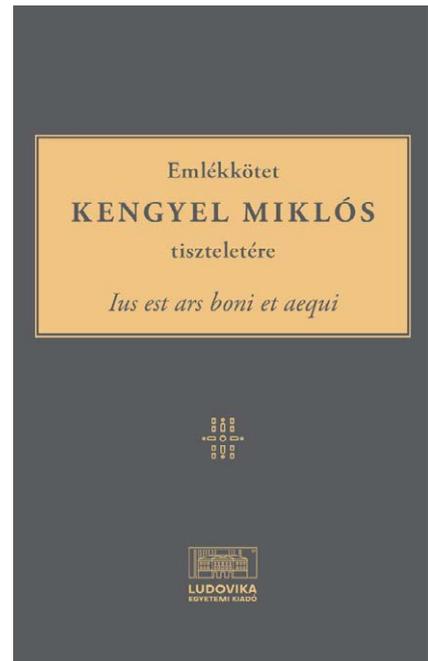
Wir danken den Teilnehmenden der Veranstaltung sowie den HerausgeberInnen und AutorInnen der Gedenkschrift und nicht zuletzt Miklós Kengyel selbst, der so vielen von uns eine Inspiration war und den wir stets in ehrenvoller Erinnerung haben werden!

Katalin Simonné GOMBOS,
Kriszta STRIHÓ, Miklós SZIRBIK

Emlékkötet Kengyel Miklós tiszteletére

Simon Károly László,
Hideg Milán István (Hrsg.)
ISBN: 9789635318254

<https://webshop.ludovika.hu/termek/konyvek/allam-es-jogtudomany/emlekkotet-kengyel-miklos-tiszteletere/>



Medienspiegel

Im Jahr 2022 wurde das 20-jährige Jubiläum der AUB auch in der medialen Landschaft gewürdigt und die Universität konnte sich als Wissenszentrum und Thinktank für die Donauregion beweisen. Auch einige Veranstaltungen der AUB haben medialen Widerhall gefunden.

Jubiläumswünsche

Das Jahr 2022 war ein besonderer Meilenstein in der Geschichte der AUB – die Universität konnte ihr 20-jähriges Jubiläum feiern. Einige der anerkennenden Worte in Gratulationsreden wurden auch in der Medienlandschaft aufgegriffen. So wurde insbesondere der ungarische Innovationsminister László Palkovics zitiert, der betonte, er sei der Überzeugung, dass die AUB künftig eine wichtige Rolle in Forschung und Innovation einnehmen könne (u. a. Budapest, Hirado.hu, Balaton Zeitung, Magyar Nemzet). In einem [Artikel des DAAD](#) wird die AUB als Stätte europäischer Begegnung und als Leuchtturmprojekt der transnationalen Bildung gewürdigt und DAAD Generalsekretär Dr. Kai Sicks bezeichnete die Andrassy Universität als Aushängeschild der europäischen und internationalen Zusammenarbeit.

Politische Lage in Ungarn

Im Zusammenhang mit den ungarischen Parlamentswahlen im April 2022 konnte die AUB ihre Expertise öffentlichkeitswirksam beweisen. Rektor Prof. Pállinger und Prorektorin Prof. Bos waren in vielen namhaften Medienformaten zu Gast, um die Wahlen und ihren Ausgang zu analysieren (Prof. Pállinger bei *Österreich 1*, beim *SRF*, *Tilos Rádió*, und bei *ATV Aktuell*; Prof. Bos in der *Tagesschau*).

Auch Dr. Melani Barlai, wissenschaftliche Mitarbeiterin der AUB, wurde zur politischen Lage in Ungarn interviewt. So sprach sie bei *detektor fm* über den zum (mangelnden) Einfluss der EU auf Ungarn und bei der *Deutschen Welle* über die ungarischen Wahlen, deren Integrität die von ihr mitbegründete NGO *unhack democracy* durch unabhängige Wahlbeobachtung zu stärken versuchte. Auch der von der AUB initiierte ungarische Wahlomat *volkskabin* wurde in den Medien aufgegriffen.

Frau Prof. Bos war auch im Juni in der *Tagesschau* zu Gast, wo sie über das ungarische Veto gegen das Sanktionspaket der EU gegen Russland sprach. Zudem war sie anlässlich der von der EU Kommission vorgeschlagenen Mittelkürzungen für Ungarn erneut in der *ARD*, bei *tagesschau24*, in der Sendung *Punkt Eins im Ö1* sowie bei *Deutschlandfunk*. Hier wurde sie außerdem auch anlässlich der Demonstrationen wegen der neuen Steuerregeln von Kleinunternehmen interviewt.

Europareportage

Der *Bayerische Rundfunk* hat mit der am 16. Oktober ausgestrahlten *Europareportage* „[Und plötzlich war es Heimat](#)“ eine Ode an Budapest und die ungarische Kultur veröffentlicht, in der die beiden AUB Alumni Felicitas Kahles und Martin Böhm ihre Geschichte mit Ungarn erzählen. Und natürlich war auch die Andrassy Universität Teil davon. Die Reportage würdigt insbesondere die offene Diskussionskultur an der AUB und betont die akademische Freiheit in Lehre und Forschung, die durch die internationale Trägerschaft der Universität gewährleistet wird. Rektor Prof. Pállinger, der in dieser Reportage ebenfalls zu Wort kommt, fasst es so zusammen: „Wir dürfen sagen, was wir denken“.

Laura BEURER

Personalia

Seit der letzten Ausgabe der Andrássy Nachrichten hat sich personell einiges getan an der AUB. Am Lehrstuhl für Mitteleuropäische Geschichte begrüßen wir Dr. Bálint Varga. Im Sommersemester 2023 können wir außerdem Dr. Ursula Mindler-Steiner begrüßen, die aus dem Mutterschutz zurückkehrt.

Im Wintersemester gab es folgende Ernennungen: Frau Dr. Dóra Frey wurde zur Oberassistentin, Herr Dr. Bálint Varga zum Oberassistenten, Frau Dr. Henriett Kovács und Frau Dr. Eszter Megyeri zu Universitätsdozentinnen und Herr Prof. Dr. Herbert Küpper zum Universitätsdozenten ernannt. Der Gastprofessurstatus von Herrn Prof. Dr. Wickström wurde verlängert. Zudem begrüßen wir Dale A. Martin als neues Aufsichtsratsmitglied, der Dr. Ágnes Fábíán ablöst.

Im Referat für Marketing und Kommunikation verließen im Sommer 2022 Veronika Fráter und Csaba Szalai die AUB. Als neue Referentin begrüßten wir Boglárka Emszt, während Laura Beurer die Position der Hauptreferentin

für Marketing und Kommunikation übernommen hat. In der Verwaltung kam Iringó Nemes als Neuzugängerin, die als Projektmanagerin das langjährige RRF-Projekt betreut. Im Herbst verabschiedete sich Eszter Kalmár, ihre Nachfolgerin als Hauptreferentin für Personalangelegenheiten ist Réka Kozma-Tóth. Am Jahresende verließ Anikó Németh, Hauptreferentin für Forschungsangelegenheiten, die AUB. Die Position ging an Júlia Németh über, die zuvor im Studienreferat tätig war. Während des Wintersemesters verließen zudem Karolina Takács, Referentin für wissenschaftlichen Nachwuchs, Dr. Emilia Varga, Hauptreferentin für Gremien- und Rechtsangelegenheiten, und Áron Herpai, Referent für Finanz- und Büroangelegenheiten, die AUB. Mit dem Semesterende verabschiedet sich die Bibliothekarin und Kulturreferentin Frau Erzsébet Bankó in den Mutterschutz.

Wir wünschen allen, die die AUB verlassen haben, weiterhin alles Gute und freuen uns über alle neuen KollegInnen, die wir herzlich willkommen heißen.

Boglárka EMSZT

Veranstaltungen im Wintersemester 2022/23

UNIVERSITÄT, LEHRSTÜHLE, DOKTORSCHULE

Feierliche Eröffnung des Studienjahres 2022/2023

Eine der wichtigsten Veranstaltungen der AUB ist die traditionelle Jahreseröffnungsfeier mit Diplomübergabe, die jedes Jahr Anfang September organisiert wird. Am 9. September 2022 war es wieder so weit. Das neue Studienjahr wurde offiziell eröffnet, die AbsolventInnen wurden verabschiedet und bekamen ihre Diplome überreicht.

Rektor Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger begann seine Eröffnungsrede mit den Worten, dass eine Feier wie diese das Wesen der Universität sehr gut zum Ausdruck bringe, da sie ein Symbol für die stetige Veränderung sei. In seiner Rede blickte Pállinger auf das letzte Semester zurück, in dem die zentrale Jubiläumsfeier und zahlreiche Konferenzen, Vorträge und Workshops zum 20-jährigen Bestehen organisiert wurden. Die AUB bekam aus diesem

Anlass auch zahlreiche Glückwünsche, die die Verbundenheit der unterschiedlichen Partner zeigten. Leider wurden die letzten Monate von dem völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg auf die Ukraine überschattet, der auch das Leben der Universität beeinflusste. Oft sei die Rede von einer Zeitenwende gewesen. Die Welt sei nicht mehr dieselbe wie davor. Pállinger hob hervor, dass wir uns auf eine Welt einstellen müssten, die stärker von militärischen Konflikten geprägt

werde und auch die wirtschaftliche Globalisierung würde sich verlangsamten oder gar zurückgehen. Was genau bedeutet diese Zeitenwende für die AUB? Pállinger betonte, dass es am wichtigsten sei, dass sie ihrer Kernaufgabe weiterhin nachkomme und Wissen schaffe und dieses neu geschaffene Wissen vermittele. Außerdem sollen weiterhin europäische Werte wie Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Kooperationsfähigkeit im Mittelpunkt ihres Wirkens stehen, denn diese Werte würden eine friedliche Entwicklung Europas ermöglichen. Die AUB als Forschungsstätte solle es sich weiterhin zur Aufgabe machen, Lösungen für die auf uns zukommenden Prob-



Die frischen AbsolventInnen der AUB

leme zu erarbeiten. Pállinger betonte, dass auch wenn die Zukunft ungewiss sei, wir ihr nicht ausgeliefert seien, da wir sie selbst gestalten können.

Gastrede von Krisztina Varju über den Wert von Partnerschaften

Jedes Jahr wird auch ein Gastredner oder eine Gastrednerin eingeladen, um ein paar Worte an die Studierenden zu richten. In diesem Jahr konnten wir Frau Krisztina Varju, stellvertretende ungarische Staatssekretärin für die Entwicklung europäischer Beziehungen, bei uns begrüßen. Varju hob in ihrer Rede die Einzigartigkeit und die Bedeutung der AUB hervor. Sie sei das Ergebnis einer lang anhaltenden Partnerschaft zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn. Auch sie sprach über den Krieg und betonte, wie wichtig es sei, die Sicherheit in Europa wiederherzustellen. Die AUB würde den Studierenden die notwendigen Kenntnisse der Region Mittel- und Osteuropas übermitteln, damit sie diese besser verstehen und auf eventuelle Probleme reagieren können. An diesem Punkt zitierte Varju Helmut Kohl mit den Worten: „Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht verstehen und die Zukunft nicht gestalten“. Sie hob hervor, dass in diesen unsicheren

Zeiten Partnerschaften, die über viele Jahre hinweg aufgebaut wurden, von unschätzbarem Wert seien. Deutschland sei so ein wichtiger Partner und Verbündeter Ungarns. Den AbsolventInnen und Studierenden wünschte sie viel Erfolg und beendete ihre Rede, indem sie betonte, dass der Austausch mit der jungen Generation immer eine belebende und erneuernde Kraft habe, der Treibstoff für unsere gemeinsame Zukunft biete.

Begrüßende Worte auch von der Studierendenschaft und den Alumni

Die Vorsitzenden der Studierendenschaft, Andreas Straub und Sarah Prinz, sprachen ebenfalls ihre Glückwünsche aus. In ihrer Rede erwähnten sie die negativen Ereignisse der letzten Monate wie den Angriffskrieg oder die Folgen der Klimakrise. Sie betonten, dass es in diesen Zeiten enorm wichtig sei, dass sich die Universität für die Gestaltung Europas einsetze und Werte wie Toleranz, Solidarität und Pluralismus teile. Sie wiesen darauf hin, dass alle AbsolventInnen sehr stolz auf sich sein könnten, da sie alle Herausforderungen, die das Studium mit sich brachte, angenommen und bewältigt haben.

Alina Alexenko hielt das Grußwort der DoktorandInnen. Sie hob hervor,

dass das Doktoratsstudium viel eigenständige Arbeit und Fleiß verlange. Sie ermutigte die Studierenden, alle Möglichkeiten, die ihnen die Universität biete, aktiv zu nutzen und das Universitätsleben mitzugestalten.

Tünde Darkó, die Co-Vorsitzende des Alumni-Vereins, charakterisierte die AUB als einen Ort zahlreicher Chancen und Möglichkeiten. Sie sei für alle Studierenden offen, die die deutsche Sprache sprechen, egal aus welchem Land sie kommen. Sie biete auch die Chance, Teil eines Netzwerkes zu werden und ein Mindset zu erwerben, das helfe, Probleme besser angehen zu können.

Nach den Reden folgte die feierliche Promotion, in deren Rahmen zwei Doktorandinnen ihr Gelöbnis ablegten und ihre Urkunden erhielten. Nach der Promotion wurden die Master-Diplome vergeben.

Seine Abschlussrede beendete Rektor Pállinger mit einem Zitat von Steve Jobs: „Vergeuden Sie nicht Ihre Zeit damit, das Leben eines anderen zu leben. Lassen Sie sich nicht von Dogmen einengen. Dogmen sind das Ergebnis des Denkens anderer Menschen. Lassen Sie nicht zu, dass der Lärm fremder Meinungen Ihre eigene innere Stimme übertönt. Und vor allem haben Sie Mut, Ihrem Herzen und Ihrer Intuition zu folgen.“

Dóra JANKOWSKI

Erasmus+ Projekt DIGIGEN

*Erstes Präsenztreffen der internationalen Partner
des Projekts in den Festsälen der AUB*

Optimaler Projektstart in Präsenz und erfolgreiche Präsentation der Ergebnisse aus dem ersten Arbeitspaket, das federführend von der AUB betreut wurde. Spannende Diskussionen und bereichernder Input für alle ProjektteilnehmerInnen.

Die Andrássy Universität Budapest (AUB) öffnete am 22. September 2022 die Pforten für ihre Partner in dem Erasmus+ Projekt [„Career Guidance for Women in Management Positions in the Field of Digital Competence“ \(DIGIGEN\)](#), um sich über den Status quo des gemeinsamen Projektes, dass das erste Mal in diesem Rahmen in Präsenz stattfinden konnte, auszutauschen. Dabei fungierte der Spiegelsaal als optimaler Rahmen und sorgte so bereits zu Beginn mit den persönlichen Grußworten aus der Universitätsleitung von Rektor Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger für einen perfekten Start des Partnermeetings in Budapest. Die Teilnehmenden waren begeistert von der Location und überaus motiviert, die kommenden zwei Tage diese Räume zum Austausch und für Diskussionen nutzen zu dürfen.

Präsentation und Diskussion der ersten Ergebnisse

Der offizielle Startschuss kam vom Gastgeber des 2. internationalen Treffens der DIGIGEN Projektpartner, Univ.-Doz. Dr. Tim Alexander Herberger, Leiter des Lehrstuhls für Betriebswirtschaftslehre, insb. Entrepreneurship, Finanzwirtschaft und Digitalisierung mit einer kurzen Eröffnungsrede und einem Überblick der beiden Tage. Anschließend erfolgte eine allgemeine Vorstellungsrunde aller Vertreterinnen und Vertreter der bereits bekannten Partner (Andrássy Universität Budapest, die [Hochschule der Bundesagentur für Arbeit \(HdBA\)](#), [Het Is Net Werken BV](#), [Vsl „eMundus“](#), [Chamber of Commerce and Industry Csongrád County](#), [Regionaldirektion Hessen](#)) und die Begrüßung des neuen Projektpartners, [Saxion University](#), vertreten durch Annemarie van der Wees.

Im Namen der AUB und als Verantwortlicher des Arbeitspakets 1 (WP1) präsentierte Herberger den Status quo in drei überaus gut dargestellten und für alle nachvollziehbaren Abschnitten. Zu Beginn wurden die Ergebnisse der systematischen Literaturrecherche der akademischen VertreterInnen der Länder Ungarns, Deutschlands und der Niederlande thematisiert, welche bereits vollständig vorlagen und zu einer regen Diskussion führten.

An zweiter Stelle standen die bis dato vorhandenen Ergebnisse der international durchgeführten Interviews. Interviewt wurde hierbei die direkte Zielgruppe des Projektes, wozu Personalverantwortliche und KarriereberaterInnen verschiedener Sektoren zählen.

Der dritte Abschnitt umfasste die Ergebnisse der jeweiligen Umfragen der Projektpartner mit der indirekten Zielgruppe, wozu Frauen in Führungspositionen zählen. Die Partner einigten sich auf eine abschließende Komprimierung der zwar umfangreichen, aber überaus durchdachten Da-

Gruppenbild der internationalen TeilnehmerInnen





Der Spiegelsaal als Kulisse für die Präsentation der ersten Forschungsergebnisse

tencodierungen beim Vorhandensein aller Umfragen der Partnerländer.

Die nächsten Vorbereitungen werden bereits getroffen

Während am Morgen und Mittag den Ergebnissen der AUB die volle Aufmerksamkeit geschenkt wurde, übernahm am Nachmittag die Hochschule der Bundesagentur für Arbeit (HdBA) in Vertretung durch Anke Reuter das Wort und eröffnete eine rege Konversation. Die Dis-

kussionsrunde verfolgte das Ziel der gemeinsamen Erarbeitung einer Verbreitungsstrategie der am Vormittag präsentierten Ergebnisse des WP1 und bildete abschließend den Übergang zum informellen Abendprogramm.

Der zweite Veranstaltungstag galt den Vorbereitungen des anschließenden WP2. Die HdBA als Gesamtprojektleitung debattierte über Inhalte, Terminplanung und Verantwortlichkeiten und fungierte als Moderator der aufgetakelten Diskussionen zum didaktischen und curricularen Rahmen.

Abschließend wurden noch bestehende Fragen aller TeilnehmerInnen ausgiebig besprochen und die Veranstaltungsorganisation in höchsten Tönen gelobt. Mit vollster Zufriedenheit über den konstruktiven Austausch und in Vorfreude auf das nächste Treffen, welches im März 2023 in den Niederlanden stattfinden wird, endete das 2. Partnertreffen des Erasmus+ Projektes DIGIGEN in Budapest.

Selina SOMOGYI,
Tim Alexander HERBERGER

Minderheiten als Brückenbauer

Das Potenzial von Minderheiten bei der Verbesserung von Beziehungen zwischen Ländern wird oft übersehen, obwohl diese optimale Brückenbauer sein können. Im Rahmen der Konferenz lag deshalb der Fokus auf der Bedeutung der autochthonen Minderheiten.

Vom 23. bis 25. September 2022 führte der Lehrstuhl für Diplomatie II in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) Budapest eine Konferenz zur Minderheitenpolitik Deutschlands und Ungarns sowie zur grenzüberschreitenden

Zusammenarbeit in der ungarischen Grenzstadt Gyula durch, an der 18 Studierende der AUB sowie sechs SchülerInnen der Deutschen Schule Budapest mit ihrem Lehrer Uwe Bach teilnahmen. Gemeinsames Ziel war es, die Lage der deutschen und ungarischen Minderheiten in Ungarn sowie in den Nachbarstaaten aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten, um so den Erfahrungsaustausch zu fördern. Da ein Drittel aller EU-Bürger und Bürgerinnen in Grenzregionen leben und sich weiterhin 10 Prozent einer ethnisch-sprachlichen Minderheit zurechnen, ist das Thema der grenzüber-

schreitenden Zusammenarbeit vor allem in Ost- und Mitteleuropa von hoher Relevanz.

Dr. Heinrich Kreft, Inhaber des Lehrstuhls für Diplomatie II an der AUB, eröffnete Freitagmittag gemeinsam mit Michael Winzer, Leiter des Auslandsbüros der KAS in Ungarn, die Konferenz. Im Anschluss lieferte der Bürgermeister der Stadt Gyula, Dr. Ernő Görgényi, einen Überblick über die Geschichte sowie das Zusammenleben der verschiedenen Minderheiten vor Ort. Frau Ibolya Hock-Englender, Vorsitzende der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen, berichtete



Panel unter Moderation von Herrn Kreft zur Lage und Bedeutung der deutschen Minderheit in Mittel- und Osteuropa (v.l. Dr. Heinrich Kreft, Olívia Schubert, Benjamin Józsa, Erika König)

von der anstehenden Volkszählung im Oktober 2022 und den Schwierigkeiten, sich zur Ungarn-deutschen Identität zu bekennen.

Aus einer wissenschaftlichen Perspektive heraus erörterte Prof. Dr. Ralf Thomas Göllner, stellvertretender Leiter des Ungarischen Instituts an der Universität Regensburg, die Bedeutung der Minderheitenpolitik Ungarns im In- und Ausland. Hierbei ist insbesondere der Transformationsprozess in der Region ab 1989/1990 hervorzuheben, welcher neue Impulse in der Minderheitenpolitik brachte und beispielsweise dazu geführt hat, dass es in Ungarn heute 13 anerkannte Minderheiten gibt. Weitere Hintergrundinformationen zur Minderheitenpolitik in der Region und Europa lieferten Prof. Dr. Elisabeth Sándor-Szalay, Ombudsfrau für nationale Minderheiten, und Loránt Vincze, Mitglied des Europäischen Parlaments und Leiter der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen. Sándor-Szalay betonte, dass Minderheitenrechte nicht exklusiv verstanden werden dürfen und Vincze hob zusätzlich die Brückenfunktion der Minderheiten hervor.

Die Bedeutung verschiedener Minderheiten in Mittel- und Osteuropa

Im abschließenden Panel des ersten Tages zur Lage und Bedeutung der deutschen Minderheiten in Mit-

tel- und Osteuropa diskutierten unter Moderation von Herrn Kreft, Olívia Schubert, Vizevorsitzende der Lan-

desselbstverwaltung der Ungarndeutschen, Benjamin Józsa, Geschäftsführer des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien und Erika König vom Karpatendeutschen Landesrat der Slowakei. Schubert sprach von der Bedeutung der Professionalisierung der deutschen Minderheit in Bezug auf beispielsweise „Branding“ und Social-Media-Auftritte. König betonte die Vielfältigkeit der slowakischen Bevölkerungsstruktur – so gehören 20 % der Gesellschaft einer der 13 anerkannten Minderheiten an – sowie die hohe, wenn auch abnehmende Bedeutung der deutschen Sprache im slowakischen Schulsystem, obwohl die deutsche Minderheit (ca. 5000 Personen) sehr klein ist. Die deutsche Minderheit in Rumänien genießt durch die Zuschreibung deutscher Tugenden (Fleiß, Ehrlichkeit, Bodenständigkeit, wirtschaftliches Geschick)



Stadtführung in Arad (Rumänien) (v. l. Patrick Haasler, Tanissa Conradi (Studierende) und Dr. Heinrich Kreft)

hohe Beliebtheit, sieht sich aber laut Józsa mit dem Verlust immaterieller Kulturgüter (z. B. Dialekt und Kunsthandwerk) konfrontiert.

Beim abschließenden informellen Abendessen wurden die Themen des Tages noch einmal aufgearbeitet sowie ebenfalls die Thematik der doppelten Identitäten von Angehörigen autochthoner Minderheiten diskutiert. Bei der Fernsehübertragung des Fußballspiels Ungarn gegen Deutschland am Abend konnten sich jedoch alle Teilnehmenden schnell für eine Nationalmannschaft entscheiden.

Der nächste Tag startete mit Gruppenpräsentationen zur aktuellen Lage der ungarischen Minderheit in Serbien, Slowenien, Österreich, der Slowakei, der Ukraine, Kroatien und Rumänien. Die Vorträge wurden von den Studierenden der AUB zusammen mit Schülern der deutschen Schule Budapest erarbeitet. Bei der Abschlussdiskussion unter Moderation von Kreft waren sich die Referierenden Göllner, König, Hock-Englender und Sándor-Szalay einig, dass Minderheitenarbeit zugleich Friedensarbeit ist. Auch

Winzer betonte in seiner Abschlussrede die Bedeutung der Minderheiten als Brückenbauer in der Region Ost- und Mitteleuropa und sprach sich für die Fortführung des interkulturellen Dialogs aus.

Exkursion nach Arad (Rumänien)

Um die Region auch in Person zu erkunden, folgte nach dem Mittagessen eine 1,5-stündige Fahrt nach Arad (Rumänien), wo sich die Teilnehmenden nach einer Stadtführung bei einem informellen Abendessen mit politischen und bürgergesellschaftlichen Persönlichkeiten der deutschen Minderheit vor Ort austauschten. Als Abschluss der Konferenz hatten die Teilnehmenden schließlich am Sonntagmorgen ebenfalls die Möglichkeit, den Austragungsort Gyula bei einer Stadtführung näher kennenzulernen, bevor die gemeinsame Rückfahrt nach Budapest angetreten wurde.

Festhalten lässt sich die Bedeutung autochthoner Minderheiten vor allem als Brückenbauer und Garanten für

den Erhalt von Traditionen und Kultur. Einige dieser Minoritäten sehen sich jedoch vermehrt mit Schwierigkeiten konfrontiert wie beispielsweise durch fehlende Unterstützung aus ihrem Herkunfts- oder Heimatstaat, Herausforderungen bei politischer Repräsentanz und rückläufigen „Mitgliederzahlen“. Ziel muss es sein, Minderheiten zu stärken, die Vernetzung weiter voranzutreiben und für Identitätserhaltung und politische Repräsentation einzustehen. Nur so kann die traditionelle kulturelle Vielfalt Europas weiterhin als ein Wesensmerkmal unserer Wertegemeinschaft erhalten bleiben.

Tanissa CONRADI,
Patrick HAASLER



ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST



Internationales Doktorandenseminar (IDS) tagt erneut in Budapest

Georgien-Deutschland-Ungarn

In Kooperation mit der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaft (DUV) Speyer und der Tbilisi State University (TSU), Georgien wird seit 2013 regelmäßig das gemeinsame Internationale Doktorandenseminar (IDS) angeboten. Dabei hat sich in der langjährigen Praxis wiederum die „Brückenfunktion“ der AUB, diesmal zwischen Deutschland und Georgien, bewährt: Statt den Veranstaltungsort jährlich zu wechseln, finden die Internationalen Doktorandenseminare inzwischen überwiegend in Budapest statt.

Den inhaltlichen Schwerpunkt des Internationalen Doktorandenseminars bilden ökonomische Themen. Das IDS ist traditionell auch Fachseminar für Wirtschaftswis-



Teilnehmende des sechsten Internationalen Doktorandenseminars an der AUB

senschaften an der Doktorschule der AUB. Die willkommene interdisziplinäre Weitung des Fokus liefern regel-

mäßig die rechtswissenschaftlichen KollegInnen aus Tbilisi (Tiflis), aber auch an der Schnittstelle zwischen

Rechts- und Wirtschaftswissenschaften forschende DoktorandInnen aus Speyer oder von der AUB. Die VeranstalterInnen des IDS sind Prof. Dr. Irakli Burduli (Tbilisi State University/TSU), Prof. Dr. Martina Eckardt (AUB), Prof. Dr. Dr. h.c. Andreas Knorr (DUV) sowie Prof. Dr. Stefan Okruch (AUB). Okruch wird als Prorektor für Lehre und Studierende die AUB auch bei den anstehenden offiziellen Gesprächen mit der DUV und der TSU in Tbilisi vertreten, um die erfolgreiche Kooperation weiter zu vertiefen.

Von 28. bis 30. September 2022 fand bereits das sechste IDS in Budapest statt. Den Auftakt bildete der Eröffnungsvortrag von Prof. Burduli (TSU), in dem er unter der Überschrift „Transformation durch Rezeption“ die Entwicklung des postsowjetischen Wirtschaftsrechts analysierte. Die Referate der DoktorandInnen der beteiligten Universitäten zeigten die Spannweite der behandelten Themen, die vom EU-Reiserecht bis hin zur verhaltensökonomischen Analyse des Kunstmarktes reichten. Die

Beiträge wurden innerhalb der Peer Group durch Korreferate ergänzt und im Plenum lebhaft diskutiert. Inhaltliche Impulse kamen auch von den VeranstalterInnen sowie von Prof. Dr. Linda Mory und Dr. Kai Masser von der DUV.

Ab 2023 wird sich die Universität Bremen der Kooperation anschließen, und auch das nächste IDS ist bereits für das kommende Jahr geplant – wieder in Budapest, im Zeichen der Brücke, also an der AUB!

Stefan OKRUCH

Podiumsdiskussion zur Wissenschaftsfreiheit in Ungarn

Im Zusammenhang mit dem Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Ungarn gewinnt auch die Auseinandersetzung mit dem Stand der Wissenschaftsfreiheit im Land an Aufmerksamkeit. Vor diesem Hintergrund fand am 30. September 2022 eine Podiumsdiskussion zum Thema „Academic Freedom in Hungary: Scientists under Pressure?“ statt, die vom Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa in der EU (AUB) gemeinsam mit dem Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Politik (Universität Passau) sowie der Union Europäischer Föderalisten (UEF) und der Union of European Federalists Hungary organisiert wurde.

Anders als bei vielen Diskussionsrunden zur Rechtsstaatlichkeit standen jedoch nicht die juristisch-ökonomischen Implikationen oder das angespannte po-

litische Verhältnis zwischen Ungarn und den EU-Institutionen im Vordergrund, sondern die konkreten Erfahrungen der Pannelistinnen mit dem ungarischen Wissenschafts- und

Bildungssystem. In das Thema führte Gastgeberin Dr. Kristina Kurze (DAAD-Langzeitdozentin für Internationale und Europäische Politik, Associate Professor an der Andrássy Universität Budapest) ein. Es moderierte Julian Plottka, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Passau. Die aus Budapest, Wien und Passau kommenden Panelistinnen beleuchteten die Situation der Wissenschaftsfreiheit aus ihren unterschiedlichen Perspektiven.

Judit Gárdos (Leiterin des Research Documentation Centre, Centre for



TeilnehmerInnen der Podiumsdiskussion
(v.l. Florence Ertel, Erin K. Jenne, Julian Plottka,
Judit Gárdos, Eszter Nagy und Kristina Kurze (stehend))

Social Sciences – MTA Centre for Excellence, Budapest) erzählte, was es für sie bedeutet, in Ungarn zu Fragen der Wissenschaftsfreiheit zu forschen. Lokalpolitikerin Eszter Nagy (Präsidentin der Union of European Federalists Hungary) veranschaulichte die Schwierigkeiten, mit denen die ungarische Zivilgesellschaft konfrontiert ist. Erin K. Jenne (Professorin an der Central European University, Wien) berichtete vom Kampf der Mitarbei-

tenden der Central European University um den Standort Budapest und den Folgen des erzwungenen Umzugs nach Wien. Die Teilnehmerinnen der Podiumsdiskussion zeigten sich insgesamt eher skeptisch, dass es zu einem schnellen Wandel und einer Stärkung der Wissenschaftsfreiheit im Land kommen werde. Florence Ertel (Geschäftsführerin des Science Hub for Europe der Universität Passau) brachte die Außenperspektive ein. Sie

betonte, wie wichtig es sei, gerade unter aktuell schwierigen Bedingungen auf individueller und institutioneller Ebene internationale Kooperationen und Austauschformate zu stärken. Im Anschluss an die sehr gut besuchte Veranstaltung wurde im Rahmen eines Empfangs intensiv weiter über den Stand der Wissenschaftsfreiheit in Ungarn diskutiert.

Florence ERTEL, Kristina KURZE

Kulturpolitik ist Friedenspolitik



Dr. Eva-Maria Seng spricht an der AUB über die Kulturpolitik der EU und des Europarates

Dr. Eva-Maria Seng erläuterte in Ihrem Vortrag, warum die europäische Kulturpolitik nicht nur das Potenzial hat, Historisches zu erhalten, sondern auch transformative Prozesse für eine Stärkung von europäischer Identität und Friedenssicherung anzustoßen.

Am 11. Oktober 2022 lud das Mitteleuropa-Zentrum der Andrassy Universität zur Veranstaltung „Die Kulturpolitiken der Europäischen Union und des Europarates“ ein. Zu Gast war Universitätsprofessorin Dr. Eva-Maria Seng, welche neben ihrer akademischen Tätigkeit als Leiterin des Lehrstuhls für Materielles und Immaterielles Kulturerbe an der Universität Paderborn auch Mitglied in mehreren nationalen und internationalen Fachgremien ist. In Ihrem Vortrag gab Seng zu Beginn einen kurzen historischen Rückblick über die unterschiedlichen UNESCO Label und behandelte auch den bis in

die 1990er-Jahre präsenten Vorwurf des Eurozentrismus in der Welberbeliste, da beispielsweise Stätten des Christentums überproportional repräsentiert waren. Weiterhin sei spannend zu beobachten, dass die Liste der immateriellen Kulturgüter, welche zum Beispiel Bräuche und Tänze umfasst, mittlerweile schneller wachse als die Liste materieller Güter.

In einem zweiten Schritt ging Seng auf die wichtigsten Kulturlabels in Europa ein, um schließlich die Kulturpolitiken der verschiedenen europäischen Institutionen sowie der UNESCO zu porträtieren. Im Rahmen der europäischen Kulturpolitik seien dabei insbesondere die Kulturrouten des Europarates als wichtiges Projekt zur Vereinigung Europas hervorzuheben, bei denen das Kulturerbe verschiedener Länder und Kulturen miteinander verbunden und so auch für die europäische Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Das Label der Kulturhauptstädte Europas wurde hingegen von der Europäischen Kommission geschaffen und nimmt insbesondere seit der Wahl Glasgows 1990 die kulturprägte Stadttransformation in den Fokus. Seng betonte, die Labels der EU und des Europarates dienten jedoch nicht nur dem Selbstzweck, sondern hätten auch einen instrumentellen Charakter. Es gehe darum, die europäische Identität zu



Assoz. Prof. Dr. habil. Georg Kastner begrüßt die Gäste im Andrassy Saal

fördern und gleichzeitig Synergieeffekte mit beispielsweise dem European Green Deal zu erreichen. Die prestigeträchtigen Labels schafften weiterhin Anreize und förderten zusätzlich auch den Tourismus in den jeweiligen Regionen, so Seng.

Als Ziel von Kulturlabeln gelte die Friedenssicherung durch Verständigung, denn mit erfolgreicher Kulturpolitik könne zu Völkerverständigung nicht nur in Europa,

sondern auch weltweit beigetragen werden. Eine globale Identität sei im Rahmen der Kulturpolitik schwer zu erreichen, dennoch biete sie die große Chance, Traditionen sichtbar zu machen, bemerkte Seng. Hervorzuheben sei weiterhin, dass Kulturerbe auch immer ein Paradox ist, welches zum einen historische Reflexion biete und zum anderen jedoch auch als Transformations-treiber dienen könne.

In der abschließenden Diskussion ging es um das Risiko der verstärkten Politisierung der UNESCO durch beispielsweise China sowie die Gefahr der Nationalisierung anstatt der Transnationalisierung durch Kulturpolitik. Auch wenn die europäischen Kultursiegel noch Schwächen haben, waren sich die Gäste einig, dass Kulturpolitik verstärkt gefördert werden sollte.

Tanissa CONRADI

Europäische Perspektiven nach dem russischen Angriffskrieg

Europakonferenz

Wie steht es nach dem Beginn des Angriffskrieges von Russland auf die Ukraine um Europa und die europäische Sicherheitsarchitektur? Wie sieht es mit dem Klimaschutz in der Krise aus? Diese und weitere aktuelle Fragen wurden von Expertinnen und Experten analysiert und diskutiert.

Die Tagung wurde am Abend des 11. Oktobers mit einer Keynote Speech von Dr. Thomas Mayr-Harting, dem ehemaligen Vertreter Österreichs bei den Vereinten Nationen und derzeitigen Inhaber des Lehrstuhls für Diplo-

matie I an der AUB, eröffnet. Mayr-Harting zeigte in seinem Vortrag die europäischen Perspektiven nach dem russischen Angriff auf die Ukraine auf. Er hob hervor, dass die Reaktionen der EU äußerst schnell erfolgten und auch in inhaltlicher Hinsicht eine Zäsur darstellen. Möglicherweise sei die EU daran, sich zu einem internationalen Akteur zu entwickeln, der strategische Autonomie erlange und so seine Interessen durchsetzen könne. Am zweiten Tag begrüßten Dr. Markus Ehm, Regionalleiter der Hanns-Seidel-Stiftung, und Prof. Ellen Bos, Prorektorin der AUB, die Teilnehmenden.



Europäische Identität(en)

Anschließend stand im ersten Panel die Frage nach einer gemeinsamen europäischen Identität im Zentrum. Prof. Michael Gehler ging auf die Wechselbeziehungen zwischen Krisen und der Weiterentwicklung der europäischen Integration ein und zeigte auf, dass für einen nächsten Entwicklungsschritt (Erweiterung auf den Westbalkan) auch eine tiefgreifende Revision der Verträge vonnöten wäre, allerdings schätzte er diese Möglichkeit sehr skeptisch ein. Prof. Ladislav Cabada beleuchtete das wechselvolle Verhältnis zwischen den west- und osteuropäischen Staaten. Er machte aber auch deutlich, dass die sich gegenwärtig verschärfenden Konflikte nicht nur einseitig mit der Gefahr des Auseinanderdriftens Europas gleichgesetzt werden dürften, sondern auch als Zeichen dafür gewertet werden können, dass sich die Beziehungen zwischen den Staaten normalisierten und eine Interessenpolitik unter nunmehr gleichwertigen Partner stattfindet. Schließlich erörterte Prof. Balázs Schanda das aus der ungarischen Verfassung abgeleitete Konzept der konstitutionellen Identität, das Kernelemente der ungarischen politischen Identität rechtlich definiere, aber keineswegs der europäischen Identität entgegenstehe, da die ungarische Verfassungsidentität mit den europäischen Werten kompatibel sei. Allerdings hob Schanda auch hervor, dass in einer pluralistischen Gemeinschaft wie der EU partielle Abweichungen oder Konflikte auszuhalten seien.

Debatte über die Wettbewerbsfähigkeit der EU

Das zweite Panel zur Wettbewerbsfähigkeit der EU wurde von Prof. Dietmar Meyer eröffnet. Er ging der Frage nach, wie unter den Bedingungen einer alternden Wohlfahrtsgesellschaft, welche ihre Ressourcenbasis nur beschränkt ausdehnen könne, eine Steigerung der Wohlfahrt bzw. des Wirtschaftswachstums erzielt werden könne. Nach Prüfung der gängigen ökonomischen Wachstumstheorien kam er zum Schluss, dass der erfolgversprechendste Weg die Investition in Humankapital und eine intersektionale Zusammenarbeit



Dr. Markus Ehm, Regionalleiter der Hans-Seidel-Stiftung, begrüßt die Teilnehmenden der Konferenz

von Wissenschaft und PraktikerInnen sei, mit dem Ziel, die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft zu stärken. Dr. Kristina Kurze ging davon aus, dass heute der Übergang zur nachhaltigen Wirtschaft und der Einsatz erneuerbarer Energien grundsätzlich nur noch eine Frage des „Wann“ und nicht mehr des „Ob“ sei. Allerdings thematisierte sie in diesem Zusammenhang auch mögliche Verzögerungstaktiken und zeigte aktuelle Risiken für den Übergang auf.

v.l. Prof. Balázs Schanda, Prof. Ladislav Cabada, Prof. Michael Gehler und Prof. Zoltán Pállinger in der Diskussion



Anforderungen an eine zukunftsfähige Verfassung

Das dritte Panel suchte Antworten auf die Frage, welche Reformen notwendig seien, um der EU eine zukunftsfähige Verfassung zu verschaffen. In diesem Kontext betonte Dr. Nicolai von Ondarza, dass die EU in Zukunft mehr Mehrheitsentscheidungen benötige und zeigte auf, auf welche Weise die notwendigen Vertragsänderungen durchgesetzt werden könnten. Prof. Ellen Bos untersuchte, welchen Beitrag die neue Rechtsstaatskonditionalität zur Lösung der Konflikte Ungarns mit der EU leisten könne. Sie kam zu dem Schluss, dass der Mechanismus zwar den Druck auf die ungarische Regierung erhöhe, dass aber dies alleine nicht alle Mängel lösen könne. Hierfür bräuhete es in Ungarn selbst eine Anpassung der Innenpolitik.

Eine neue Sicherheitsarchitektur für Europa?

Im letzten Panel ging es um die Frage, ob Europa eine neue Sicherheitsarchitektur benötige. Dr. Heinrich Kreft

machte deutlich, dass die Ordnung, die sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in Europa etabliert hatte, obsolet geworden sei. Kreft hielt fest, dass Europa sich auf eine weniger friedliche Zeit einstellen müsse, in welcher mit ständigen Konflikten mit Ländern wie Russland und China zu rechnen sei. Dr. András Hettyey thematisierte den teilweisen Sonderweg Ungarns innerhalb der EU und der NATO. Dieser lasse sich sehr gut anhand des Verhältnisses zu Russland herausarbeiten. Gewisse ungarische Positionen könnten rational aus der geopolitischen Lage des Landes (Energieabhängigkeit) abgeleitet werden, demgegenüber ließe sich in anderen Fragen die Sonderrolle des Landes weniger leicht rational erklären.

Schließlich zeigte Prof. Zoltán Tibor Pállinger in seinem Vortrag auf, vor welche Herausforderungen der russische Angriff auf die Ukraine die schweizerische Außen- und Sicherheitspolitik gestellt habe. Er arbeitete heraus, dass die Schweizer Diskussion als Indikator für die Einschätzung der Chancen einer EU-Sicherheitspolitik herangezogen werden kann,

diese aber von Schweizer Seite grundsätzlich skeptisch bewertet werde.

In der abschließenden Diskussion wurden die zahlreichen Herausforderungen für die EU nochmals rekapituliert, aber es wurde auch hervorgehoben, dass europäische Integration immer an Krisen gewachsen sei, in diesem Sinne stünden auch die Chancen für einen weiteren Entwicklungsschritt der Union nicht schlecht.

Die Andrássy Universität Budapest dankt der Hanns-Seidel-Stiftung für die großzügige Unterstützung dieser Veranstaltung.

Die Aufzeichnung der Veranstaltung finden Sie auf [YouTube](#).

Michael BAMBERG

 Hanns
Seidel
Stiftung



Demografie – Die unterschätzte Herausforderung des 21. Jahrhunderts

Der demografische Wandel ist ein weithin bekannter Fakt mit großen Implikationen, welchen nicht genug Aufmerksamkeit geschenkt wird. Dr. med. Hans Groth und Dr. Martin Dahinden richteten in ihrem Vortrag den Fokus auf dieses unterschätzte Thema.



Organisator Dr. Heinrich Kreft mit seinen Gästen Dr. med. Hans Groth und Dr. Martin Dahinden (v. l.)

Am 19. Oktober 2022 lud Dr. Heinrich Kreft bereits zum zweiten Mal in Kooperation mit der Schweizer Botschaft zu einem Vortrag über Demografie als unterschätzter Herausforderung des 21. Jahrhunderts für Politik und Wirtschaft ein. Kreft betonte in seinen Eröffnungsworten, dass der demographische Wandel insbesondere in den nächsten Jahren vielfältige Auswirkungen haben werde, für die uns jedoch Erfahrungswerte fehlten.

Dr. med. Hans Groth, Geschäftsführer des World Demographic & Ageing Forums, gab in seinem Vortrag zunächst einen breiten Überblick über das Thema und ging auf verschiedene Begriffe wie beispielsweise Fertilitätsrate, demografische Dividende und Lebenserwartung ein, welche in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle spielen. Anschließend erläuterte er die Ursachen für den demografischen Wandel und hob hervor, dass dieser ein „Megatrend“ sei. So werde sich aktuellen Prognosen zu Folge zum Beispiel der Anteil der arbeitenden Bevölkerung auf dem afrikanischen Kontinent bis 2040 von 600 Millionen auf 2 Milliarden Personen erhöhen, wohingegen in Europa die Anzahl der Erwerbstätigen um 120 Millionen schrumpfen werde. Die Effekte und damit verbundenen

Herausforderungen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft unterscheiden sich von Land zu Land, daher müssten unterschiedliche Strategien entwickelt werden, um erfolgreich mit demografischen Veränderungen umzugehen. Groth folgerte, „wenn man die Demografie einer Nation kennt, kennt man ihre Zukunft“.

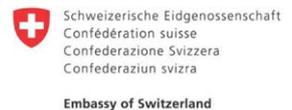
Dr. Martin Dahinden, ehemaliger Botschafter der Schweizerischen Eidgenossenschaft in den Vereinigten Staaten, analysierte im Anschluss die Maßnahmen, die auf kollektiver (staatlicher), aber auch auf individu-

eller Ebene ergriffen werden, um den von Groth beschriebenen Auswirkungen zu begegnen. Hervorgehoben wurde, dass staatliche Maßnahmen, wie beispielsweise in Ungarn, welche darauf abzielen, die Geburtenraten wieder zu erhöhen, beinahe wirkungslos blieben. Aus diesem Grund betonte Dahinden wie wichtig es sei, sich an die Effekte anzupassen und hergebrachte Strukturen zu überdenken.

Bei der abschließenden Diskussionsrunde wurde das Interesse an diesem Zukunftsthema sehr deutlich, wobei viele Gäste vor allem zu

den politischen Auswirkungen, aber auch zu potenziellen Zukunftsstrategien auf nationaler und internationaler Ebene Fragen stellten. Die Antworten wurden beim abschließenden Empfang auch unter den Gästen angeregt debattiert.

Michael BAMBERG,
Tanissa CONRADI



CBC in Crisis: Does Institutionalized CBC Contribute to Resilience and Innovation

Internationaler Workshop 21.–22. Oktober 2022

Die Covid-19-Pandemie zeigte deutlich, wie zerbrechlich grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der EU ist. Von heute auf morgen wurden einseitige Grenzsicherungen im Frühjahr 2020 in der ersten Corona-Welle ohne Konsultation mit den betroffenen Nachbarstaaten eingeführt. Sie nahmen weder auf die Bedürfnisse von SchülerInnen noch von Familienangehörigen oder von GrenzpendlerInnen Rücksicht. Sie stellten auch jegliche weitere Form grenzüberschreitender Kooperation infrage – egal ob in lose geknüpften Netzwerken oder in institutionalisierter Form wie im Rahmen des Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ). Die beteiligten Akteure mussten innovative Formen der Zusammenarbeit finden, um sich an diese grundlegend neue Situation anzupassen.

In einem zweitägigen Workshop, organisiert von Prof. Dr. Martina Eckardt und Prof. Dr. Stefan Okruch (beide AUB) in Kooperation mit Dr. Annika Jaansoo von der TU Twente, Niederlande, diskutierten WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen aus verschiedenen Wissenschaftszweigen die Erfahrungen, offenen Fragen und möglichen Lösungen, die sich daraus ergeben.

Fallstudien u. a. zum EVTZ der Euregio Euregio Tirol – Südtirol – Trentino, zum EVTZ Pamina an der deutsch-französischen Grenze, zu den grenzüberschreitenden Kooperationen zwischen Deutschland und den Niederlanden und der Euregio Neisse – Nisa – Nysa im Grenzgebiet Deutschland, Polen und Tschechien gaben vertiefte Einblicke, wie sich die verschiedenen Akteure den Herausforderungen stellten. Sie zeigten auch auf, welche innovativen Lösungen die Krise hervorbrachte.

Übergreifende Beiträge thematisierten zudem von einer eher konzeptionellen Warte aus die Bedingungen, unter

denen mit erfolgreichen Innovationen in derartigen Krisensituationen gerechnet werden kann. Speziell auf die Faktoren, die die Resilienz grenzüberschreitender Kooperation beeinflussen, gingen sowohl Gyula Ocskay von CE-SCI Budapest als auch Dr. Sabine Zillmer von Spatial Foresight, Berlin ein. Sie konnten dabei jeweils auf Erkenntnisse aus ihrer jahrelangen Beratungstätigkeit auf nationaler wie EU-Ebene zurückgreifen.

Die Ergebnisse des zweitägigen Workshops werden in einem Sammelband veröffentlicht, ein nächster Workshop ist für Oktober 2023 in Planung.

Kontakt: Prof. Dr. Martina Eckardt (martina.eckardt@andrassyuni.hu); Prof. Dr. Stefan Okruch (stefan.okruch@andrassyuni.hu)

Martina ECKARDT



Gruppenfoto im schönen AUB Treppenhaus

Holocaust Literatur der Zweiten Generation

Eine Chance für Dialog und Versöhnung

Die jüdisch-amerikanische Autorin Elizabeth Rosner las in der Österreich-Bibliothek György Sebestyén der Andrássy Universität Budapest aus ihrem Buch „The Blue Nude“, das nun in deutscher Übersetzung vorliegt.

Im Rahmen einer Lesereise besuchte die in Berkeley lebende jüdisch-amerikanische Schriftstellerin Elizabeth Rosner auch Budapest. Bereits im Sommersemester 2022 war ihr Werk Gegenstand einer von Prof. Dr. phil. Walter Grünzweig (Lehrbeauftragter am AUB-Lehrstuhl für Kulturwissenschaften) unterrichteten Lehrveranstaltung zur Second Generation Holocaust Literatur; im laufenden Wintersemester war es auch Teil einer Veranstaltung zum Anti-Amerikanismus in Mitteleuropa.

Die Töchter und Söhne der Holocaust-Überlebenden befinden sich in einer schwierigen Situation. Einerseits haben sie den Schrecken, den ihre Eltern durchlebten, nicht unmittelbar erfahren, andererseits waren sie aber mit deren Trauma durch Familienleben und Freundeskreis indirekt intensiv konfrontiert. Dazu kam, dass sich die Opfer häufig nicht über ihre traumatischen Erfahrungen äußern wollten oder konnten. Die zweite Generation (und auch weitere Generationen) waren deshalb gezwungen, sich die Erfahrung der Eltern vorzustellen, was häufig in literarischer Form geschieht.



Elizabeth Rosners Vater wurde 1929 in Hamburg geboren und überlebte, wie der gleichaltrige Imre Kertész, als Jugendlicher Buchenwald. Ihre Mutter befand sich im Ghetto von Wilna und fand lebensrettenden Schutz bei einer polnischen Bauernfamilie. In ihren Romanen, Gedichten und ihrem Non-Fiction Buch „Survivor Café“ verarbeitet Rosner die an sie weitergereichten traumatischen Erfahrungen literarisch. Sie sieht ihre Bücher als Ausgangspunkt eines Dialogs mit den Nachkommen der Tätergeneration, die in Bezug auf das Verständnis der Vergangenheit häufig in einer ähnlichen Situation sind.

Elizabeth Rosner las aus ihrem Roman „The Blue Nude“, dessen deutsche Übersetzung bereits 2020 unter dem

Titel „Der blaue Akt“ beim Leipziger Hentrich & Hentrich Verlag erschienen war, aber aufgrund der Einschränkungen durch die Covid-Pandemie erst jetzt vorgestellt werden konnte. Studierende und BesucherInnen beteiligten sich intensiv an der Diskussion mit der Autorin, in der es unter anderem um die Weitergabe traumatischer Erfahrungen an nachfolgende Generationen und um die Entwicklung der Erinnerungskultur in Bezug auf den Holocaust ging. Die Leiterin der Österreich Bibliothek Erzsébet Bankó begrüßte den Gast und das Publikum; Walter Grünzweig stellte Person und Werk der Autorin vor und moderierte die Diskussion.

Walter GRÜNZWEIG

Deutsch-Ungarisches Forum 2022

Nach zwei Jahren Pandemie konnte das Deutsch-Ungarische Forum 2022 wieder in Präsenz stattfinden. Eines der wichtigsten Ziele des Forums ist es, persönliche Begegnungen und Diskussionen zu ermöglichen, weshalb es für unsere Universität eine besonders große Freude war, die TeilnehmerInnen in Budapest begrüßen zu können. Der offizielle Teil des Forums begann am 25. Oktober, aber für die jungen TeilnehmerInnen wurde am 24. Oktober ein Get-together im Rahmen eines Quizabends organisiert.

Die Veranstaltung begann mit den Begrüßungsreden der Andrássy Universität Budapest (AUB), des Deutsch-Ungarischen Jugendwerks (DUJW) und der Botschaften der Bundesrepublik Deutschland und Ungarn. Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger (Rektor der AUB), Maren Schoening (Vorsitzende des Deutsch-Ungarischen Jugendwerkes), und I. E. Julia Gross (Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland in Budapest) hoben in ihren Begrüßungsreden die Unsicherheit, in welcher man sich aktuell befände und die Bedeutsamkeit der Entschei-



Angelegte Diskussionen bei den vielfältigen Panels

dungen, die man jetzt treffen müsse, hervor. Pállinger meinte, dass Krisen auch Impulse für eine produktive Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen liefern könnten. Maren Schoening wies auf die Bedeutung des Formates des Forums hin, indem sie betonte, dass auch bei unterschiedlichen Auffassungen der Austausch und die Diskussion enorm wichtig seien. S. E. Dr. Péter Györkös (Botschafter von Ungarn in Berlin), betonte zusätzlich, dass die Verständigung zwischen Deutschland und Ungarn auch für die EU von großem Nutzen wäre. I.E. Julia Gross machte darauf aufmerksam, dass die Herausforderungen, die nun vor uns stünden, kein Land mehr alleine lösen könne. Man brauche bei der Bewältigung dieser Probleme eine Einigkeit innerhalb der EU. Alle vier RednerInnen betonten die Bedeutung der Weichenstellung für die Zukunft durch die Jugend.

Geopolitische Konsequenzen des russischen Angriffskrieges

Im ersten, von Kai-Olaf Lang (Senior Fellow, Stiftung Wissenschaft



Workshop und Gespräch mit DiplomatenInnen

und Politik) moderierten Panel zu den geopolitischen Konsequenzen des russischen Angriffskrieges betonte Balázs Hidvéghi MdEP (Mitglied im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Europäisches Parlament), dass Ungarn die Aggression gegen die Ukraine verurteile. Er kritisierte aber die Sanktionen der EU im Bereich der Energiepolitik und bezeichnete die russischen Energieträger als unver-

zichtbar, denn es sei keine Hilfe für die Ukraine, wenn die europäische Wirtschaft sich selbst zerstöre. Christian Petry MdB (Europapolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion), meinte, dass der deutschen Politik immer vor Augen gewesen sei, dass die Sanktionen die EU nicht mehr schaden sollten, als dass sie Russland schaden. Weiterhin meinte er, dass der Handel Ungarns mit Russland ein



falsches Signal setze. Marieluise Beck MdB a. D. (Senior Fellow, Osteuropa-Expertin Zentrum Liberale Moderne) war der Meinung, es müsse das europäische Ziel sein, sicherzustellen, dass Russland nie wieder Krieg führen und gegen ein anderes Land eine derartige Aggression ausüben könne. Deshalb sei dieser Krieg, der auf dem Gebiet der Ukraine ausgefochten wird, auch unser Krieg. Dr. Bence Bauer (Direktor, Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit am Matthias Corvinus Collegium), verwies auf den täglichen Verlust von Menschenleben und das globale aus dem Krieg resultierende Leiden. Er kam zu dem Resultat, dass alle den Krieg beenden möchten, sich aber nicht einig seien, wie man dies tun solle. Er sah die einzig richtige Lösung in einem Kompromiss beider Seiten.

Versorgungssicherheit in Europa

Im zweiten Panel zur Versorgungssicherheit Europas, das von Barbara Zollmann (Geschäftsführender Vorstand, Deutsch-Ungarische Industrie- und Handelskammer) moderiert wurde, erklärte Viktor Horváth (Hauptabteilungsleiter, Ministerium für Technologie und Industrie), dass es drei Hauptziele für die ungarische Regierung im Bereich der Energiepolitik gebe: Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaneutralität bis 2050. Weiterhin meinte er, dass sich der Schwerpunkt im letzten Jahr auf die ersten zwei Ziele verlagert habe, aber auch das dritte Ziel wolle die Re-

gierung nicht aus den Augen verlieren. Robin Mesarosch MdB (Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz und Energie, Deutscher Bundestag) erklärte, dass die Gasspeicher in Deutschland im Moment voll seien, aber man auf jeden Fall neue Energiequellen erschließen müsse, denn die Versorgungssicherheit sei für den nächsten Winter noch nicht gewährleistet. Weiterhin ging er auf die Frage ein, wie der Staat die Industrie, aber auch die Privathaushalte unterstützen könne, damit die Energiepreise bezahlbar bleiben. Árpád Goszták (Geschäftsführer Siemens Energy Kft.) wies darauf hin, dass die ungarische Industrie bis jetzt nicht aus einheimischen oder regenerierbaren Mitteln decken musste. Dies sollte aber in Zukunft geändert werden, da der Bedarf der Industrie an Strom und Wärme wachse. Weiterhin merkte er an, dass die Energie in den letzten Jahren zu einem politischen Thema geworden sei. Das führe dazu, dass man nicht mehr über Fakten spreche, sondern über Ideologien und politische Gedanken. Dr. László Szabó (Direktor des Regionalen Forschungszentrums für Energiewirtschaft an der Corvinus Universität Budapest) meinte, dass der Wettbewerb auf dem Energiemarkt zu bezahlbarer Energie geführt habe. Außerdem müsse man prüfen, welche anderen Energieträger den Markt betreten könnten. Weiterhin hob er hervor, dass es wichtig sei, dass die erneuerbare Energie wettbewerbsfähig werde. Er bezeichnete aktuell die Energieversorgungssicherheit als am wichtigsten und sprach sich für den weiteren Handel mit Russland

aus, da Erdgas beim Ausbau der Infrastruktur in den nächsten Jahren eine große Rolle spielen werde. Robin Mesarosch widersprach Herrn Goszták, indem er sich für das Vermeiden geopolitischer Abhängigkeiten aussprach und für die Energieversorgung vor Ort plädierte. Alle TeilnehmerInnen sprachen sich für den Netzausbau und ein gemeinsames Vorgehen aus.

Für den Rest des ersten Tages fanden mehrere Workshops und ein Werkstattgespräch statt, in welchen in kleineren Gruppen wichtige Themen offen diskutiert wurden. Die Ergebnisse wurden später dem Publikum präsentiert.

Aufnahme der Westbalkan- staaten in die EU?

Am nächsten Morgen fand das dritte Panel zur Aufnahme des Westbalkans in die EU statt. Das Gespräch wurde von Gergely Pröhle (Botschafter a. D.; Kuratoriumsvorsitzender, AUB) geleitet. Grundsätzlich sprachen sich alle TeilnehmerInnen für eine baldige Aufnahme des Westbalkans aus. Prof. Dr. Ulrich Schlie (Direktor des Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies (CASSIS), Henry-Kissinger-Professor für Sicherheits- und Strategieforschung am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie an der Universität Bonn), erklärte, dass man sich keine Uneinigkeit mehr leisten und den Westbalkan nicht mehr warten lassen könne. Zsolt János Bunford (Stellv. Staatssekretär für Sicherheitspolitik, im ungarischen Ministerium für Auswärtiges und Außenhandel), stellte fest, dass der offizielle Status eines Beitrittskandidaten an Moldau und die Ukraine ohne die Erfüllung von Bedingungen vergeben wurde und dass das Beharren auf Bedingungen für den Westbalkan inkonsequent sei. Catalina Cullas (Beauftragte der Bundesregierung für die Beziehungen zu den Mitgliedstaaten der EU, grenzüberschreitende und regionale Zusammenarbeit, EU-Außenbeziehungen, Auswärtiges Amt) betonte, dass nicht nur die jeweiligen Länder, sondern auch die EU erweiterungsfähig sein müsse, weiterhin halte sie es für wichtig, dass die Entscheidungsfähigkeit der EU erhalten bleibe.

Nach der 3. Paneldiskussion fuhr ein Teil der TeilnehmerInnen ins Parlament, wo sie mit ungarischen und deutschen Abgeordneten bzw. ExpertInnen über verschiedene Themen wie Migration, EU-Erweiterung, Energieversorgung und Klimawandel diskutieren konnten. Die TeilnehmerInnen über 35 Jahren hatten die Möglichkeit, das Werk der Siemens Energy GmbH zu besuchen.

Die Veranstaltung wurde von der Andrássy Universität Budapest und vom Deutsch-Ungarischen Jugendwerk im Auftrag des deutschen Auswärtigen Amtes und des ungarischen Ministeriums für Auswärtiges und Außenhandel organisiert. Das Programm wurde mit Unterstützung der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer, dem Auslandsbüro Ungarn der Friedrich-Ebert-Stiftung,

dem Auslandsbüro Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen, dem Ungarischen Rat der Europäischen Bewegung verwirklicht. Die AUB dankt ihren Partnern für die freundliche Unterstützung bei dieser Veranstaltung.

Die Panels können auf dem [YouTube Kanal der AUB](#) angeschaut werden.

Michael BAMBERG



Die ungarische Weltraumpolitik und Diplomatie

Im Rahmen der „Kunst der Diplomatie“ Ringvorlesung fand am 14. November 2022 der englischsprachige Vortrag von Frau Dr. Orsolya Ferencz, statt.

Dr. Orsolya Ferencz ist seit 2018 Ministerialbeauftragte für Raumfahrtaktivitäten und 2022 wurde sie zur außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafterin ernannt. In Ihrem Vortrag sprach Ferencz über verschiedene Aspekte der Raumfahrt-Diplomatie wie z. B. über die Heraus-

forderungen, mit welchen die Raumfahrt-Diplomatie kämpfe, wie das Fehlen von rechtlichen Vereinbarungen, Missbrauch der Weltraumressourcen, globale Ungleichheit zwischen den verschiedenen Nationen und die ungeklärten Grenzen im Weltraum sowie die Weltraum-Bewaffnung.

Außerdem erläuterte Sie den TeilnehmerInnen welche Ziele sich die ungarische Weltraumstrategie gesetzt hat. U. a. solle das Potenzial des Raumfahrtsektors für die Förderung der Innovation und des nachhalti-

gen Wachstums für die Wirtschaft genutzt, die internationale Rolle Ungarns gestärkt, seine Beziehungen ausgeweitet sowie ein organisatorischer Rahmen für die Koordination geschaffen werden. Diese Ziele der ungarischen Raumfahrtstrategie stünden im Einklang mit der Agenda 2025 der Europäischen Weltraumorganisation (ESA), den Hauptzielen des EU-Raumfahrtprogramms und den wirtschaftlichen Entwicklungszielen der ungarischen Regierung.

Dóra JANKOWSKI



Dr. Ferencz spricht über die Herausforderungen der Raumfahrt-Diplomatie

Statt roter Welle – blaue Zuversicht?!

Die US Midterms und ihre Folgen

Im Rahmen der Studiengangskonferenz des Studiengangs Internationale Beziehungen hat Studiengangsleiter Dr. Heinrich Krefl den ihm seit vielen Jahren bekannten Büroleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Washington, D.C. Knut Dethlefsen zu einer Online-Analyse der amerikanischen Zwischenwahlen eingeladen.

Dethlefsen begann seine Analyse mit dem Statement, dass er vom Wahlausgang nicht überrascht worden sei. Er habe nie mit einer roten Welle, d. h. einem Erdrutschsieg der Republikanischen Partei (GOP) gerechnet, wie es vor und nach dem Urnengang von vielen Kommentatoren dies- und jenseits des Atlantiks erwartet, befürchtet bzw. erhofft worden sei.

Der Wahlausgang sei eine eindeutige Schlappe für Ex-Präsident Trump gewesen, da viele von ihm unterstützte Kandidaten die Wahl verloren hätten, während sich moderate Republikaner durchsetzen konnten. Es sei allerdings zu früh, Trump abzuschreiben. Sein Einfluss auf die GOP sei nach wie vor groß und er offensichtlich gewillt, erneut für das Weiße Haus zu kandidieren.

Für Präsident Biden fühle sich die Wahl wie ein Sieg an, auch wenn das



Repräsentantenhaus an die Republikaner verloren ging, was das Regieren für seine Administration auf jeden Fall schwieriger mache. Seit Jahrzehnten habe keine Partei eines Amtsinhabers in den Zwischenwahlen so gut abgeschnitten wie die Demokraten in diesem November. Viele Unabhängige hätten offensichtlich für Kandidaten der Demokraten gestimmt. Auch wenn Präsident Biden fit sei, sei es offen, ob er in zwei Jahren erneut für das Weiße Haus kandidiere, gleichwohl gehe er persönlich davon aus, insbesondere wenn der republikani-

sche Kandidat erneut Donald Trump heißen sollte.

Auf die Frage, welche Auswirkungen das Wahlergebnis auf die amerikanische Unterstützung für die Ukraine bedeute, verwies Dethlefsen auf die grundsätzlich vorhandene parteiübergreifende Unterstützung des Abwehrkampfes der Ukrainer gegen die russischen Aggressoren. Die Republikaner seien aber noch mehr der Meinung als die Demokraten, dass der Wiederaufbau der Ukraine von den Europäern zu schultern sei.

Heinrich KREFL

Zweite Tagung zur Digitalen Transformation und Nachhaltigkeit in der globalen Finanzwirtschaft an der AUB

Zum zweiten Mal durfte die Andrássy Universität Gastgeber der international besetzten wissenschaftlichen Tagung „Digitale Transformation und Nachhaltigkeit in der globalen Finanzwirtschaft“ sein. Abermals ermöglichte die Tagung erfolgreich einen regen Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis.

Bei der von Dr. Tim Alexander Herberger und dem AUB-Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre (insb. Entrepreneurship, Finanzwirtschaft und Digitalisierung) initiierten sowie organisierten und vom *netzwerk digital* der [Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer](#) unterstützten internationalen Tagung ergab sich

abermals ein tiefer Einblick in die aktuelle internationale Forschung zur Transformation und Nachhaltigkeit sowie weiteren Herausforderungen im Kontext der globalen Finanzwirtschaft. Die erste Tagung zum Thema, die im vergangenen Jahr an der AUB stattgefunden hat, wurde sowohl in der Fachöffentlichkeit als auch in der breiten Öffentlichkeit sehr positiv rezipiert. Die Beiträge der Tagung konnten im Sommer in einem international viel beachteten Sammelband veröffentlicht werden.

Im Dezember 2022 wurde der Austausch dann in Form der zweiten Tagung in den Festsälen der AUB fortgeführt. Nach kurzer Begrüßung durch den Gastgeber der Tagung, Univ.-Doz. Dr. Tim Alexander Herberger, und seiner Rede



Gastgeber Dr. Herberger eröffnet die internationale Tagung

über die erhebliche Relevanz der namensgebenden Themengebiete für die Tagung sowie über die Notwendigkeit, den Blick weiterhin für die Trends in der globalen Finanzwirtschaft von Morgen offen zu halten, begrüßte Rektor Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger im Namen des Rektorats, die wieder zahlreich erschienenen Vortragenden, FachvertreterInnen, Studierenden und Gäste der Tagung.

Es stehen viele Themen auf der Agenda

Die Tagung startete mit der Keynote von Prof. Dr. Stefan Wendt von der Bifröst Universität in Island mit dem Thema „Neue Risiken? Neues Risikomanagement? Wie Digitalisierung und Fokus auf Nachhaltigkeit das Risikomanagement beeinflussen (sollten)“. Wendt zeigte hierbei auf, dass das Risikomanagement trotz der Paradigmenwechsel, insb. durch die digitale Transformation, schon jetzt gegenüber den Herausforderungen gut gewappnet ist, nur oftmals dies nicht bewusst von den Entscheidungsträgern wahrgenommen und das bestehende Instrumentarium unzureichend eingesetzt wird. Auf Basis dieses gelungenen theoretischen Rahmens widmete sich die Tagung in der Folge in speziellen Sessions der „Nachhaltigkeit in der globalen Finanzwirtschaft“ und der „Digitalen Transformation in der Finanzwirtschaft“ mit wissenschaftlichen Vorträgen, bei denen insbesondere der wissenschaft-

liche Nachwuchs beeindruckend seine Fähigkeiten unter Beweis stellte. Nach der Mittagspause wurde dann der von Herberger geforderte Fokus auf zukünftige, im Blick zu behaltende Buzzwords von morgen adressiert und eine Reihe wissenschaftlicher Vorträge, u. a. zur Bepreisung von Immobilien oder zum ökonomischen Risiko für das Finanzsystem durch Bankenfusionen, griffen diese Forderung auf.

Podiumsdiskussion zur Rolle digitaler nationaler Währungen

Abgeschlossen wurde der inhaltliche Teil der Tagung mit einer hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion über die Zukunft digitaler nationaler Währungen. Auf dem Podium konnte Dr. Tim Alexander Herberger in seiner Rolle als Moderator Anikó Szombati (CDO – Chief Digital Officer der Bank of Hungary – Magyar Nemzeti Bank), Dr. Heinrich Kreft (Leiter des Lehrstuhls für Diplomatie II sowie Leiter des Studiengangs Internationale Beziehungen der Andrássy Universität Budapest), Prof. Dr. Marcel Tyrell (Inhaber des Lehrstuhls für Banking and Finance der Universität Witten/Herdecke), sowie Prof. Dr. Stefan Wendt (Professor und Dekan des Department of Business der Bifröst University in Island) begrüßen. In einer intensiven Diskussion wurden die Chancen und Risiken digitaler nationaler Währungen unter marktinstitutionellen, verbraucherorientierten

sowie nationalbankzentrierten Gesichtspunkten diskutiert. Die Diskussion zeigte, dass ein großes Potenzial in dieser technologiebasierten Anwendung steckt, aber auch im Hinblick der Aufklärungsarbeit noch einiges an Hausaufgaben von den emittierenden Zentralbanken sowie von der Politik zu erledigen ist. Eine anschließende



Digitale Transformation und Nachhaltigkeit in der globalen Finanzwirtschaft
Dr. Tim Alexander Herberger (Hrsg.)
ISBN: 978-3-74-89-2881-2

www.nomos-shop.de/nomos/titel/digitale-transformation-und-nachhaltigkeit-in-der-globalen-finanzwirtschaft-id-102990/

Diskussion im Auditorium mit den PodiumsteilnehmerInnen förderte weitere interessante Einblicke über die Chancen und Risiken zutage.

Unter dem Eindruck der präsentierten Keynote, der breiten Palette an Forschungsarbeiten und der Podiumsdiskussion betonte Herberger zum Abschluss des formellen Teils

der Tagung, dass die lebhaftere Diskussionskultur wertschaffend für alle gewesen sei und dankte insbesondere auch den zahlreichen Helfern bei der diesjährigen Tagung sowie den finanziellen Unterstützern der Tagung, allen voran dem [Dr. Theo und Friedl Schöller Forschungszentrum für Wirtschaft und Gesellschaft](#), dem

[Freistaat Bayern](#) sowie der internen Forschungsförderung der Andrássy Universität Budapest.

Die Tagung endete am Abend mit einem informellen Austausch über Inhalte und Zukunftsfragen bei einer umfangreichen Closing Reception und einem kleinen Empfang.

Tim HERBERGER



Podiumsdiskussion zur Zukunft digitaler nationaler Währungen (v. l. Prof. Wendt, Dr. Krefz, Dr. Herberger, Anikó Szombati, Prof. Tyrell)

Taiwan – ein Land mit vielen Herausforderungen

Ein Gastvortrag

Taiwan ist seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine immer häufiger in den Nachrichten zu finden – zumeist wegen der potenziellen Bedrohung durch die VR China. Das Land lässt sich jedoch nicht durch seinen Nachbarn China definieren, wie Anna Ho von der taiwanesischen Vertretung in Budapest deutlich machte.

Im Rahmen des Seminars von Dr. Heinrich Krefz „China als globaler Akteur, Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale“ hielt Anna Ho von der taiwanesischen Vertretung in Budapest am 7. Dezember

2022 einen Gastvortrag über Ihre Arbeit sowie die spezifische Lage und Besonderheiten Taiwans.

Zu Beginn Ihres Vortrages erläuterte Ho, dass in Taiwan aktuell etwa 90 % Han-Chinesen und Chinesinnen und 10 % Indigene, aufgeteilt auf sechs bis sieben verschiedene Stämme, leben. Weiterhin hob Sie die besondere geografische Lage des Inselstaates und der Taiwanstraße hervor, die eine wichtige Schifffahrtsroute ist. Taiwan ist vor allem wegen seiner Halbleiterindustrie von globaler Bedeutung, da aktuell etwa 90 % der weltweit leistungsstärksten Chips von TSMC oder anderen taiwanesischen

Firmen hergestellt werden. Obwohl derzeit eine große Fabrik in den USA gebaut wird, werde der Wettbewerbsvorteil Taiwans Ihrer Aussage nach in den nächsten zehn Jahren erhalten bleiben. Auch die EU will taiwanesischen Chipfirmen nach Europa holen, jedoch mangelt es in vielen europäischen Ländern an sehr gut ausgebildetem Fachpersonal.

Taiwan sei es in den letzten Jahrzehnten gelungen, eine moderne und widerstandsfähige Demokratie zu werden und sich eine eigene Identität aufzubauen. So identifiziere sich ein stetig zunehmender Anteil der Bevölkerung als *Taiwanesen* (63,7 %) und



Anna Ho von der Vertretung Taiwans in Ungarn mit Studierenden

ein abnehmender Anteil als *chinesisch und taiwanesisch* (30,4 %) (Stand Juni 2022). Das Versprechen der chinesischen Regierung, die Demokratie nach dem Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ auch nach der von Peking angestrebten „Wiedervereinigung“ zu erhalten, ist Hos Meinung nach nicht glaubhaft, wie man am Beispiel Hongkongs gesehen habe, zumal die Demokratie Taiwans in Peking noch mehr als Bedrohung für das Machtmonopol der Kommunistischen Partei gesehen werden dürfte.

Taiwan hat jedoch nicht nur mit sicherheitspolitischen, sondern auch sozialen Herausforderungen zu kämpfen. Aktuell gehört die Gesellschaft nach Japan zu den am schnellsten alternden weltweit, was mit vielfältigen Auswirkungen verbunden ist. Auch hat die Häufigkeit von Fake News-Attacken insbesondere nach dem Besuch Nancy Pelosis zugenommen. Die Regierung habe jedoch verschiedene Maßnahmen ergriffen, um gegen dieses Problem vorzugehen. So werden beispielsweise Programme mit künstlicher Intelligenz eingesetzt, die Fake News für jeden erkennbar machen, berichtete Ho.

Der Vortrag von Anna Ho und die anschließende sehr offene, fast einstündige Fragerunde hat den Studierenden die Möglichkeit gegeben, die Perspektive Taiwans auf das eigene Land und die VR-China kennenzulernen. In Erinnerung bleibt, dass die Gesellschaft Taiwans ihr Leben nicht durch die konstante Bedrohungslage durch die VR China bestimmen lässt.

Tanissa CONRADI



Anna Ho und Dr. Heinrich Krefzt

Im Krieg gibt es keine Atheisten

Trotz gemeinsamer Wurzeln hat sich die Orthodoxie in der Russischen Föderation sowie der Ukraine nach deren Unabhängigkeit unterschiedlich entwickelt. Insbesondere der russische Angriffskrieg seit Februar 2022 hat einen weiteren Keil in die orthodoxe Kirche getrieben.

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Religion und Diplomatie“, die seit dem WS 2021/22 von der Hanns-Seidel-Stiftung unterstützt wird, hat Dr. Heinrich Kreft am 13. Dezember 2022 Dr. Regina Elsner vom Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien zum Thema „Die Ostkirchen vor dem Hintergrund der russischen Aggression gegen die Ukraine“ eingeladen. Wegen einer kurzfristigen Corona Erkrankung der Referentin fand die Veranstaltung ausschließlich im Online-Format statt.

Kreft führte in das Thema ein und erläuterte die historisch enge Verbundenheit des orthodoxen Christentums mit der Russischen Föderation, aber auch der Ukraine. So bekennen sich aktuell in Russland 70 % und in der Ukraine 60 % der Bevölkerung zur Orthodoxie, jedoch ist die Art der Identifikation sehr unterschiedlich. So erläuterte Elsner, dass die Identifikation in Russland stärker eine kulturelle als eine religiöse sei, was zu einer tieferen gesellschaftlichen Verankerung geführt habe, während in der Ukraine die Identifikation mit der Orthodoxie stärker religiöser Natur sei. Die Orthodoxie im postsowjetischen Raum bezieht sich auf dieselben Wurzeln, nämlich auf das „Kyjiwer Taufbecken“. Die gemeinsame Vergangenheit mit ihrer politischen Instrumentalisierung und der gewaltsamen Homogenisierung prägt bis heute die Orthodoxie im postsowjetischen Raum, wenn es auch deutliche Unterschiede gibt bei der Entwicklung der Rechtsordnungen, der Zivilgesellschaft und der Aufarbeitung der Vergangenheit in den Nachfolgestaaten der UdSSR.

Die Politisierung der Kirche in Russland und der Ukraine

Die Politisierung der Kirche in Russland seit der Stalin-Ära ist auch heute noch prägend. So nutzte auch Putin die Kirche als Begründung für seinen Angriff auf die Ukraine, in dem er (fälschlicherweise) die Verfolgung der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK) in der Ukraine anführte. Auch das Oberhaupt der ROK, Patriarch Kyrill, nutzt seine Predigten, von denen er seit Februar etwa 70–80 gehalten hat, um den russischen Angriffskrieg auch theologisch zu rechtfertigen. Die Kampfhandlungen werden beispielsweise als „metaphysischer Kampf“ gegen das Böse dargestellt, wobei die russische Armee zu den Verteidigern des Guten gehört. So kommt in der russischen Armee der Kirche die Aufgabe „patriotischer moralischer“ Erziehung zu.

In der Ukraine stellt sich die „Kirchenfrage“ bereits seit mehr als 30 Jahren. 1990 kam es zur „weitreichenden Autonomie“ der Ukrainisch Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats (UOK). Zwei Jahre später – nach der Unabhängigkeit der Ukraine – folgte die Abspaltung und Begründung der Ukrainisch-Orthodoxe Kirche des Kyjiwer



Wegen einer Corona Infektion konnte sich Dr. Regina Elsner nur digital zuschalten

Patriarchats. Beide blieben jedoch zunächst „konservativ-traditionellen Werte“ verpflichtet. Dies änderte sich jedoch mit der „Revolution der Würde“ (2013/14). 2018 folgte schließlich die Gründung der Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU) als „Wahlkampfprodukt“ Petro Poroschenkos. Dieses Erbe, eine politische Schöpfung zu sein, belastet die OKU bis heute.

Auswirkungen des aktuellen Krieges auf die Kirchen

Eine direkte Auswirkung des russischen Angriffs vom 24. Februar ist die Erklärung der „völligen Selbstständigkeit und Unabhängigkeit“ der UOK von Moskau. Beide orthodoxe Kirchen in der Ukraine beklagen eine Vielzahl – ca. 200 – zerstörte, beziehungsweise schwerbeschädigte Kirchen und Klöster (Stand: 01.12.2022). Auch gibt es vereinzelt Berichte über getötete bzw. verschleppte Priester. Nicht überraschend führt der Krieg vor allem zu einem Zulauf zur OKU, wobei sich ein sehr großer Anteil der ukrainischen Bevölkerung vielmehr als „schlichtweg“ orthodox bezeichnet.

Elsner ist sich sicher, dass eine Fusion der orthodoxen Kirchen in der Ukraine unrealistisch ist. Die allgemeine Zukunft der Orthodoxie, vor allem auch aufgrund des russischen Angriffskrieges, sei jedoch in vielerlei Weise ungewiss. So stelle sich die Frage, wie es für die ROK nach ihrem moralischen Tiefpunkt weitergehen kann und wie sich die Orthodoxie auch außerhalb Russlands theologisch positioniert. Vor allem die Jugend kehre der Kirche zunehmend den Rücken zu.

Tanissa CONRADI



IM FOKUS

Der Multilateralismus in der Krise

Ein Überblick

War der Multilateralismus aus verschiedenen Gründen schon länger einem Erosionsprozess ausgesetzt, so hat Russlands Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 die bestehende multilaterale Ordnung in ihren Grundfesten erschüttert.

Schon im September 2018 stellte der Generalsekretär António Guterres vor der VN-Vollversammlung ernüchtert fest: „Multilateralism is under fire precisely when we need it most.“

Anderthalb Jahre später sollte die Corona-Pandemie multilaterales Handeln noch dringlicher machen, doch selbst in der EU kam es stattdessen zu Grenzschließungen und Exportverboten.

Multilateralismus – eine Begriffsdefinition

Mit dem Begriff Multilateralismus wird im Allgemeinen dreierlei bezeichnet: die außenpolitische Orientierung eines Staates, die Form zwischenstaatlicher Kooperation und die Zusammenarbeit in internationalen Organisationen. Dabei geht es immer um die Zusammenarbeit von drei oder mehr Staaten (s. Robert O. Keohane, 1990), deren Kooperation auf bestimmten Regeln und anerkannten Prinzipien beruht (s. John Ruggie, 1993). Multilateralismus baut auf staatliche Souveränität und die Gleichheit aller Staaten, wobei das Hintanstellen von Einzelinteressen von zentraler Bedeutung ist.

Multilateralismus kann sowohl dauerhaft organisiert werden, wie z. B. in den Vereinten Nationen und ihren Unterorganisationen, als auch ad hoc entstehen, wie z. B. die (erste) *Tagung der Europäischen Politischen Gemeinschaft* am 6. Oktober 2022 in Prag, die auf einen Vorschlag des französischen Präsidenten Macron zurückgeht.

Die dem Multilateralismus zugrunde liegenden Regeln und Prinzipien sind im Wesentlichen in der Charta der Vereinten Nationen verankert und waren lange unangefochten. Sie zielen auf die Errichtung und den Schutz freier Demokratien, die Sicherung eines freien Welthandels und ganz zentral – die Vorherrschaft des Rechts. Das nach 1945 unter der Führung der USA und anderer westlicher Demokratien entstandene Geflecht aus Normen, Prinzipien und Institutionen, das in den Jahren nach 1989 nahezu weltweit anerkannt wurde, wird allgemein als liberale Weltordnung bezeichnet.

Diese Ordnung aus liberalen Normen und Prinzipien und mit ihnen die multilaterale Zusammenarbeit und die in ihrem Zentrum stehenden Organisationen werden von verschiedenen Staaten zunehmend infrage gestellt und unterminiert, z. B. durch den Rückzug aus multilateralen Kontexten (USA: JCPOA, Pariser Klimaabkommen, UNESCO, WHO) oder durch die bewusste Missachtung internationaler Normen (Russlands Angriff auf die Ukraine; Chinas Menschenrechtsverletzungen u. a. in Xinjiang). Aber auch der Umstand, dass es der Staatengemeinschaft nicht (mehr) gelingt, gemeinsam angemessen auf neue politische Herausforderungen zu reagieren, trägt zur Krise des Multilateralismus bei.

Gründe für die Krise des Multilateralismus

Der wichtigste Grund für die Krise des Multilateralismus ist die wachsende

Großmacht Konkurrenz zwischen China und den USA, die immer mehr zu einem kompetitiven Multilateralismus führt. So haben sich die USA z. B. unter Präsident Trump aus der WHO mit der Begründung zurückgezogen, diese werde zu sehr von China beeinflusst. China verfolgt wiederum die Strategie, seinen Einfluss gezielt in internationalen Organisationen auszubauen und dort (z. B. in den Bretton Woods-Institutionen), wo dies aufgrund westlichen Widerstands nicht möglich ist, eigene Parallelorganisationen aufzubauen wie z. B. die AIIB (Asiatische Infrastrukturinvestitionsbank).

Vielfach wird multilateralen Organisationen mangelnde Effektivität vorgeworfen – aktuell das Scheitern der VN, den russischen Angriff auf die Ukraine zu verhindern, die Schwierigkeit, sich auf notwendige Klimaschutzmaßnahmen (COP27/Sharm El-Sheikh) oder Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität (UN Biodiversity Conference: COP15/Montréal) zu einigen. Es ist ausgesprochen schwer, neue Normen zu etablieren, wie sich exemplarisch an der Genese des *Globalen Paktes für Migration* zeigen lässt: 2016 sprachen sich alle Staaten in der *New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten* dafür aus, 2018 lag dann nach langwierigen Verhandlungen der Entwurf vor, doch auf der folgenden 72 VN-GV kündigten einige Staaten, darunter die USA, Ungarn und Polen an, den Pakt nicht zu unterzeichnen. Der Pakt fand zwar im Dezember 2018 in Marrakesch eine große Mehrheit, wurde aber neben den drei genannten Staaten auch von Israel und Tschechien abgelehnt, während sich 12 Staaten der Stimme enthielten und 24 gar nicht erst an der Abstimmung teilnahmen.

Ein weiterer Grund ist die von einer wachsenden Zahl von Staaten emp-

fundene multilaterale Überdehnung einiger Organisationen, die ihre Mandate aus vermeintlich rationalen Beweggründen zu weit ausdehnen. Ein Beispiel dafür ist die sehr weite Interpretation der *Sicherheitsratsresolution 1973*, die NATO-Staaten nutzen, um auf der Basis der 2005 verabschiedeten Norm der Schutzverantwortung (Responsibility to Protect/R2P) in Libyen zu intervenieren.

Eigentlich sollte auch aufgrund der zunehmenden Interdependenz und der globalen Krisen (Klimawandel, Pandemie, Finanzkrisen) die internationale Kooperation aus rationalen Gründen mehr denn je geboten sein, doch immer mehr Staaten nehmen diese Interdependenz als etwas Negatives wahr. Unter anderem haben populistische Bewegungen in demokratischen Staaten zu Forderungen nach Stärkung der staatlichen Souveränität geführt (Amerika First; Brexit; Europäische Souveränität; Dual Circulation (China)). Die Tendenz zur Ent-Globalisierung und Re-Nationalisierung (De-Coupling; Near-Shoring, Friend-Shoring, technologische Abschottung, Protektionismus) nimmt weiter zu.

Zudem hat der Aufschwung von Autokratien zur Krise des Multilateralis-

mus beigetragen. Laut Freedom House und dem *Bertelsmann-Transformationsindex* sind die Zahl der Demokratien und die Demokratiequalität seit Jahren rückläufig. Die autokratischen Staaten eint ihre Kritik gegenüber dem traditionellen Multilateralismus und seinen Institutionen und der westlich geprägten liberalen Ordnung.

Neue Formen des Multilateralismus – nur eine Teillösung

Die Krise der multilateralen liberalen Weltordnung heißt nicht unbedingt das nahende Ende des Multilateralismus. Es entsteht vielmehr ein neuer bzw. paralleler Multilateralismus, der die neuen Machtstrukturen besser abbildet als die Ordnung, die auf die Zeit und damit die Machtkonstellation unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg zurückgeht. Aktivster Begründer dieses neuen Multilateralismus ist daher – wenig überraschend – China, das bereits eine Vielzahl neuer Kooperationsformen initiiert hat (u. a. SCO, I7+1, FOCAC, AIIB, NBD, BRIX).

Andere Initiativen wie die deutsch-französische *Allianz für den Multilateralismus* gehören ebenfalls dazu, auch

wenn sie intendiert war die „alte“ multilaterale, liberale Weltordnung zu bewahren, als die USA unter D. Trump zunehmend als multilateral orientierte Führungsmacht ausfielen. Sie ist wie einige andere Formen des Minilateralismus als „Club der Gleichgesinnten“ konzipiert. Die Wirtschaftskrise von 2008 hat die G-20 hervorgebracht, die Staatengruppe, die den Kern der Weltwirtschaft ausmacht und auch die größten CO2 Emittenten vereinigt sowie alle offiziellen Kernwaffenstaaten. In diesen kleineren Gruppierungen lassen sich schneller Entscheidungen erzielen, was sich bei der Überwindung der Wirtschaftskrise 2008 auch bewährt hat. Allerdings haben diese „Clubs der Mächtigen“ (neben G20 u. a. auch G7) ein erhebliches Legitimitätsproblem: Sie bedrohen die multilaterale Idee und damit das Grundprinzip der liberalen Weltordnung.

Heinrich KREFT

Robert O. Keohane, *Multilateralism: An Agenda for Research*, International Journal, 45. Jg., 4/1990, S. 731.

John G. Ruggie, *Multilateralism: The Anatomy of an Institution*, in: John G. Ruggie (Ed.), *Multilateralism Matters. The Theory and Practice of an Institutional Form*, New York 1993, S. 11.

Die Schweizer Neutralität auf dem Prüfstand

Die europäische Sicherheitsordnung nach dem 24. Februar 2022

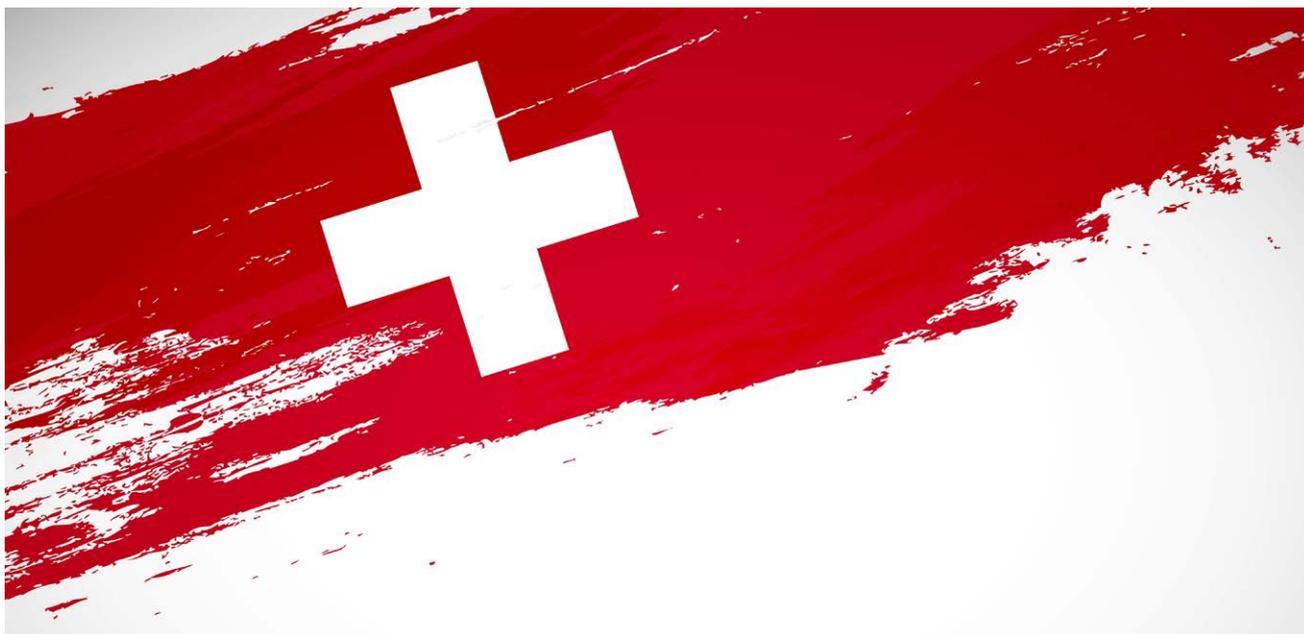
Wie die meisten anderen politischen Akteure auch wurde die schweizerische Regierung, der Bundesrat, am 24. Februar 2022 durch den Überfall Russlands auf die Ukraine überrascht. Der Bundesrat griff auf das bewährte Handlungsrepertoire der Schweiz als ständig neutraler Staat zurück: Er verurteilte den Angriff, aber beschloss keine direkten Sanktionen gegen Russland. Hingegen wurden Maßnahmen angeordnet, die verhindern sollten, dass die Sanktionen der EU via die Schweiz umgangen werden können (courant normal). Zudem bot er auch die guten Dienste der Schweiz an. Der Bundesrat hatte wohl die Tragweite der Ereignisse falsch eingeschätzt, sein Entscheid wurde

sowohl im In- als auch im Ausland scharf kritisiert. Dies führte dazu, dass er seine Politik revidierte und am 28. Februar beschloss, die Sanktionen der EU gegenüber Russland zu übernehmen. Nach diesem Entscheid passte er die gesetzlichen Grundlagen an und übernimmt seither eigenständig die Sanktionen der EU. Diese umfassen zur Zeit Wirtschafts- und Finanzsanktionen, die Sperrung von Vermögenswerten, das Verbot der Ausfuhr von Luxusgütern und Technologie etc. Am 18. Juli ließ die Ukraine über die NATO anfragen, ob die Schweiz Verwundete aus der Ukraine aufnehmen könnte, dies wurde von den zuständigen Stellen zunächst abschlägig beschieden. Wiederum war die Kritik

groß, sodass der Entscheid revidiert wurde. Die Schweiz beschloss die Aufnahme von verwundeten Kindern und Zivilpersonen, aber die Ukraine musste sicherstellen, dass es sich dabei nicht um Soldaten handeln durfte.

(Kooperative) Neutralität

Diese kleine Chronologie verdeutlicht, dass die Schweiz Schwierigkeiten hatte, eine adäquate Antwort auf die Situation zu finden. Das Festhalten an der Neutralität wurde von den ausländischen Partnern kaum verstanden und häufig als mangelnde Solidarität ausgelegt. Auf Ebene der Regierung wurden Versuche unternommen, die schweizerische Position besser ver-



ständig zu machen. Der Außenminister, Bundesrat Ignacio Cassis, ließ in seinem Departement (Ministerium) einen Bericht zur Neutralität ausarbeiten. Dabei brachte er den Begriff der [„kooperativen Neutralität“](#) ins Spiel. Mit diesem neuen Begriff sollte eine vorsichtige Weiterentwicklung der Neutralität angedeutet werden, die es erlauben sollte, sich stärker an internationalen Maßnahmen zu beteiligen. Mitte Juli wurde in der Sonntagszeitung der Bericht geleakt. Aus den geleakten Passagen ging hervor, dass die Partnerstaaten der Schweiz Mühe bekundeten, Sinn und Zweck einer neutralen Position zu verstehen. Mit der „kooperativen Neutralität“ sollten ein größerer Handlungsspielraum zur außenpolitischen Positionierung und mehr Flexibilität gewonnen werden, um eine engere Kooperation mit der NATO und der EU zu ermöglichen. Nach der politischen Sommerpause desavouierte der Gesamtbundesrat den Außenminister. Der Bericht sollte überarbeitet werden, wobei der alte Neutralitätsbericht von 1993 maßgeblich bleiben sollte. Am 26. Oktober verabschiedet der Bundesrat den Bericht [„Klarheit und Orientierung in der Neutralitätspolitik“](#), in welchem die weiterhin bestehende Gültigkeit des [Neutralitätsberichts von 1993](#) bekräftigt und die Praxis der Anwendung der Neutralität anhand von Fallbeispielen erläutert wurde.

Am 8. November wurde der Start der Unterschriftensammlung durch ein rechtsbürgerliches Komitee für eine Volksinitiative zur Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative) bekannt gegeben. Sollte diese durch Volk und Stände (Kantone) angenommen werden, würden die Handlungsspielräume des Bundesrats eingeschränkt und die Schweiz auf eine strikte Interpretation der Neutralität verpflichtet. Innerhalb eines Jahres wurden alle Optionen von der Weiterentwicklung über die Beibehaltung des Status quo bis hin zu einer Reform, die die Entwicklungen seit Ende des Kalten Krieges zurückdreht, diskutiert. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, weshalb sich die Schweiz mit ihrer Neutralität so schwertut. Dieser Fragestellung soll anhand eines kleinen historischen Exkurses nachgegangen werden.

Historischer Exkurs – über die politische Kultur der Neutralität

Die Schweiz ist ein multiethnischer Staat, in welchem vier Sprachgruppen (Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch) sowie zwei große konfessionelle Gruppen (Katholiken und Protestanten) auf engem Raum zusammenwohnen. Hinzu kommen noch weitere Konfliktlinien (Stadt – Land, Kapital – Arbeit etc.). Kein Wunder, dass

sich unter solchen Umständen besondere Muster der Konfliktbearbeitung/-vermeidung in der schweizerischen politischen Kultur eingebürgert haben. Die Neutralität ist ein ebensolches Instrument, das auf eine lange Tradition im schweizerischen politischen Leben zurückblicken kann. Faktisch finden sich Vorläufer der Neutralität schon in der alten Eidgenossenschaft. Völkerrechtlich wurde die immerwährende Neutralität der Schweiz und die Unverletzlichkeit ihres Territoriums im Zweiten Pariser Frieden (1815) von den europäischen Mächten anerkannt. Über die Jahre hinweg entwickelte sich die Neutralität zum Völkergewohnheitsrecht und wurde schließlich 1907 in den Haager Abkommen von 1907 kodifiziert und auch im Versailler Vertrag von 1919 bestätigt.

Die Schweizer Neutralität weist einige Besonderheiten auf. Sie ist immerwährend, völkerrechtlich anerkannt, selbstbestimmt, bewaffnet und (seit 1815) bündnisfrei. Sie erfüllt als Instrument der Politik mehrere Funktionen. Aufgrund der zahlreichen innenpolitischen Cleavages hätte eine außenpolitische Unterstützung eines der Nachbarländer in den Kriegen der Vergangenheit zu innenpolitischen Konflikten geführt, da die jeweiligen Sympathien ungleich verteilt waren. Damit wurde Neutralität zu einem wichtigen Instrument der innenpolitischen Integration, indem die Stel-

lungnahme in externen Konflikten vermieden wurde. Überdies schützt die Neutralität den Frieden, da die Schweiz erklärt hat, von sich aus keinen Krieg zu beginnen, damit fördert und schützt sie ihre eigene staatliche Unabhängigkeit. Zudem ermöglicht das Neutralitätsrecht den Freihandel unter bestimmten Bedingungen auch im Krieg. Die Schweiz erfüllt mit ihrer immerwährenden Neutralität auch eine geostrategische Funktion, indem sie ihr Territorium schützt und dessen Benutzung durch ausländische Mächte verhindert, macht sie die strategische Lage berechenbar. Deshalb ist es auch im Interesse der auswärtigen Mächte, dass diese Situation erhalten bleibt. Schließlich bietet die Schweiz auch gute Dienste an, um ihre Neutralität auch moralisch abzusichern.

Die Neutralität ist im System der schweizerischen Verfassung ein Instrument, das der Verwirklichung der Staatsziele der Unabhängigkeit, der gemeinsamen Wohlfahrt, dem inneren Zusammenhalt des Landes und der friedlichen und gerechten internationalen Ordnung dient. Die schweizerische Neutralität besteht aus dem Neutralitätsrecht und der Neutralitätspolitik. Das Neutralitätsrecht ist Teil des Völkerrechts und ist in der Schweiz direkt anwendbar. Es umfasst die rechtlichen Verpflichtungen (Rechte und Pflichten). Die Neutralitätspolitik bezeichnet die Gesamtheit der Maßnahmen, die über das Neutralitätsrecht hinausgehen, um der schweizerischen Neutralität Glaubwürdigkeit zu verleihen und ihre Wirksamkeit zu stärken.

Das konzeptionelle Dilemma der Neutralität

Das Grundproblem der Neutralität ist, dass das Konzept aus dem klassischen Völkerrecht stammt, in welchem Kriege als normale und rationale Instrumente der internationalen Politik angesehen wurden. Mit dem Gewaltverbot der UN-Charta haben jedoch Kriege diesen instrumentellen Charakter verloren. Im System der kollektiven Sicherheit ist eigentlich kein Platz für neutrales Abseitsstehen. Dieser Widerspruch war, solange der UN-Sicherheitsrat im Kalten Krieg nicht funktionier-

te, nicht besonders akut, aber nach Ende des Kalten Krieges, als der UN-Sicherheitsrat an Handlungsfähigkeit gewann, akzentuierte sich die Herausforderung für die Schweiz. Es stellte sich die Frage, wie sie sich im Falle von Sanktionen, die vom UN-Sicherheitsrat verhängt worden sind, verhalten sollte. Da das Neutralitätsrecht die Teilnahme an militärischen Maßnahmen ohnehin ausschließt, musste konkret das Verhältnis der Schweiz in Hinblick auf Wirtschaftssanktionen geklärt werden.

Mit dem Neutralitätsbericht von 1993 wurden die Handlungsspielräume des Neutralen für den Fall ausgelotet, dass der UN-Sicherheitsrat funktioniert. Insgesamt wurde anerkannt, dass wenn die UN funktioniert, d.h. der Sicherheitsrat Maßnahmen erlässt, die Neutralität nicht anwendbar ist. In diesem Fall werden die nichtmilitärischen Zwangsmaßnahmen der UN autonom übernommen, außerdem ist auch die Teilnahme an militärischen Maßnahmen möglich. Sanktionen außerhalb des Rahmens der UNO (bspw. NATO oder EU) sind gestützt auf eine Güterabwägung möglich. Überdies wurde festgestellt, dass die Neutralität kein Hindernis für den EU-Beitritt der Schweiz darstellt. Der Neutralitätsbericht ist ein Dokument, das den Zeitgeist der 1990er-Jahre atmet, er eröffnete Spielräume für eine kooperative und partizipative Außenpolitik. Besonders erstaunlich war die Anerkennung des Rechts der UNO als allgemein verbindliches Völkerrecht, insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Schweiz der UNO erst 2002 beigetreten ist.

In den folgenden Jahren wurde anhand konkreter Anwendungsfälle wie dem Kosovokonflikt (1998/99), dem Irakkrieg (2003), den Sanktionen gegenüber dem Iran (2011) und auch der Ukrainekrise (2014) das Konzept weiter konkretisiert. 2015 stellte der Bundesrat in einem Bericht überdies fest, dass die Neutralität einer Einsitznahme der Schweiz im UN-Sicherheitsrat nicht entgegensteht. Insgesamt hat sich folgende Praxis herauskristallisiert: Die Schweiz übernimmt generell die Sanktionen der UNO und kann sich gestützt auf eine Güterabwägung an den Sanktionen der NATO und der EU beteiligen.

Dabei wird aber immer peinlichst genau darauf geachtet, den (rechtlichen) Kern der Neutralität beizubehalten.

Neutralität als Streitgegenstand in einem identitätspolitischen Konflikt

Aus Sicht der Schweiz hat sich die Neutralität historisch gesehen bewährt. Das Land ist in den beiden Weltkriegen verschont worden und ist auch im Kalten Krieg mit dieser Politik gut gefahren. Allerdings haben sich seit den 1990er-Jahren die Herausforderungen vermehrt. Das im Jahr 1993 geschaffene Konzept unterscheidet zwei grundlegende Situationen: Funktioniert das System der kollektiven Sicherheit der UNO, dann gilt der Rahmen des modernen Völkerrechts und die Neutralität findet in diesem Fall keine Anwendung. Funktioniert das System der kollektiven Sicherheit nicht, dann lebt das klassische Völkerrecht auf und die Neutralität wird angewendet. Mithin lässt sich festhalten, dass es sich bei der gegenwärtigen Interpretation der Neutralität um eine „Neutralität für den Notfall“ handelt. Dies ermöglicht es der Regierung, außenpolitisch flexibel zu agieren und etwaige Spielräume auszunutzen. Innenpolitisch wird diese instrumentelle Auffassung nicht von allen Akteuren geteilt. Die Auslegung der Neutralität hat sich zu einem Streitgegenstand in einem identitätspolitischen Konflikt entwickelt, bei dem sich isolationistischere Positionen, welche eine strikte Neutralität einfordern, und offenere, welche für eine flexiblere Position eintreten, gegenüberstehen. Wieso ist dieser innenpolitische Konflikt in der Schweiz für Europa von Bedeutung? – Die Schweizer Diskussion kann als Indikator für die Einschätzung der Chancen der europäischen Sicherheitspolitik genommen werden. Die Bekräftigung eines fast dreißigjährigen Konzeptes zeugt davon, dass die Schweiz die Chancen einer friedlichen europäischen Ordnung in den nächsten Jahren skeptisch beurteilt und im Sinne des Neorealismus für den (nicht unwahrscheinlichen) Notfall auf das bewährte Instrument der bewaffneten Neutralität setzt.

Zoltán Tibor PÁLLINGER



Alte-neue Methode der Konfliktforschung: Ist Gewaltprävention durch Literatur möglich?

„Die Diplomatie der taktischen Nichteinmischung ist nicht mehr zeitgemäß. Globale Verflechtung bedeutet zwingend globale Mitverantwortung.“

Prof. Dr. Jürgen Wertheimer

Wenn wir auf die aktuelle Lage der Welt oder auf die Weltgeschichte schauen, brauchen wir weder SeherInnen, noch professionelle Politik- oder GesellschaftswissenschaftlerInnen zu sein, um zur Konklusion zu kommen, dass irgendwie immer etwas schiefgegangen ist und es geht gerade jetzt weiter so ... Das ist natürlich insofern eine idealistische Aussage, dass angenommen wird, dass ein „Gut“ oder mindestens „Normal“ existiert. Wenn man jedoch einen selbstkritischen Blick auf die Welt/geschichte wirft, drängt sich das Gefühl auf, dass wir als Menschheit an „Unfähigkeit oder Unwilligkeit zu Lernen und Verstehen“ leiden. Genau das ist der Ausgangspunkt des Cassandra Projekts und seine Mission ist nicht Ge-

ringeres, als diese Grundtendenzen der Unbelehrbarkeit zu ändern und damit – in der Praxis – mögliche Gewaltkonflikte zu vermeiden.

Cassandra wurde nach der mythischen Figur und Legende benannt, die im Herzen der europäischen Kulturgeschichte angesiedelt ist. „Eine Seherin, die eine akute Gefährdung klar erkennt, der aber keiner Glauben schenkt: Trotz ihrer ständigen Warnungen öffnen die Trojaner die Tore und ziehen eigenhändig das todbringende Pferd in die Stadt.“ Und ihr „Muster“ scheint bis zur Gegenwart immer wieder zurückzukehren: Trotz der Warnungen von einigen glauben und hören wir – als Menschheit – nicht zu. Das Projekt nimmt sich vor, das Schicksal von Cassandra und damit die Unbelehrbarkeit der Menschen zu brechen.

Das [Cassandra Projekt](#) wurde offiziell 2017 eingeführt und bis 2020 als Studienprogramm „Krisenfrüherkennung durch Literaturanalyse“ im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung Deutschlands in Kooperation mit dem [Weltethos-Institut](#) durchgeführt. Seitdem arbeitet das von Prof. Wertheimer geleitete Team in Eigeninitiative weiter.

Literatur als Wissensressource

Das Ziel ist, „Literatur als Wissensressource ernst zu nehmen“ und literarische Texte als qualitative Ergänzung zu klassischen quantitativen Methoden zu bieten. Die Grundidee liegt darin, dass AutorInnen – auch wenn unbewusst – einen besonderen,

jedoch sehr treffsicheren Sensor für ihre Gesellschaft haben. Deshalb bietet Literatur – auch wenn als Fiktion geschrieben, – einen klaren Spiegel der Wahrheit. Die Stärke und Einzigartigkeit dieses Konzepts ist der Versuch, den „Faktor Mensch“ durch Gefühle und Wahrnehmungen in die Konfliktforschung einzubringen. All das funktioniert natürlich nur dann, wenn die Literatur richtig „kodiert“ ist.

Wertheimer arbeitet mit seinem Team an der systematischen Analyse regionaler Literatur, um potenzielle Gefahrenländer und Konfliktregionen zu identifizieren sowie den Zeithorizont dieser potenziellen Gewaltescheinungen abschätzen zu können. Dazu verwenden sie neben der klassischen Literaturwissenschaft auch modernste KI und versuchen einen Selektions- und Auswertungsmechanismus auszubauen. Sie machen mit Text und Literatur, was man in der Statistik mit Massendaten und Zahlen tut.

Projekt Cassandra und der Multilateralismus

Was hat all das zu tun mit Multilateralismus? Zunächst basiert die Analyse selbst auf der „netzwerkartigen Zusammenarbeit von literaturschaffenden Autorinnen und Künstlern aus aller Welt“. In der Makroperspektive kann man davon ausgehen, dass „Prävention, Prävention und Vorschau das Gebot der Stunde“ sind. Verständnis füreinander und Verständnis für potenzielle Konflikte kann uns endlich dahin bringen, dass die Zahl der ge-

walttätigen Ausbrüche reduziert wird – eine der Hauptzielsetzungen aller multilateralen Ideologien und Ansätze.

Der Krieg in der Ukraine ist leider ein gutes Beispiel für eine versäumte Prävention. Das extrem angespannte Verhältnis konnte man aus vielen literarischen Werken, wie beispielsweise u. a. *Andrukhowytsch* herauslesen. Wenn man feststellt, dass eine Seite – in diesem Fall Russland – systematisch daran arbeitet, diese relative Unzufriedenheit nicht politisch zu moderieren, sondern die Partner systematisch gegeneinander aufzuhetzen, ist das ein Alarmzeichen. Diese Signale sollte man im Vorfeld hören und politisch, diplomatisch, wirtschaftlich intervenieren (und nicht danach). Europa jedoch beobachtete und ließ die wertvolle Zeit vergehen – wie z. B. bei *Schischkin* dargestellt.

Es braucht keine tiefere Analyse, um konstatieren zu können, dass die Foren der Multilateralismus leergelaufen oder mindestens selbst in Krise sind. Diese Krise spiegelt sich im Zustand der globalen Welt wider, egal ob man sie aus Perspektive der Gesellschaftswissenschaften, der Ökonomie oder der Ökologie beobachtet. Die Foren des Multilateralismus sind heute eher Foren der rhetorischen Kriegsführung als Räume der Konfliktprävention und des Dialogs – wofür sie ursprünglich geschaffen wurden. Die Lösungsstrategie ist weitergehend dieselbe – Kompromiss durch Dialog –, wie es nach jedem deutlichen Gewaltkonflikt der Geschichte deklariert, jedoch nie wirklich realisiert wurde. Wahre Dialoge und Kompromisse können nur

aus einem grundsätzlichen Verständnis ausgehen, aber diese kritische Substanz haben wir irgendwie noch nicht erfasst. Das Projekt Cassandra bietet ein uraltes und zugleich innovatives Mittel, dieses Verständnis zu schärfen – wenn endlich hingehört wird.

Die Studierenden der AUB hatten im Oktober die Möglichkeit, an einem Vortrag und Gespräch über Cassandra von Projektleiter Prof. Dr. Jürgen Wertheimer, Professor für Internationale Literatur an der Erhard-Karls-Universität Tübingen, im Rahmen einer Sonderlehrveranstaltung des Kurses Einführung in die Friedens- und Konfliktforschung von Dr. Henriett Kovács und Dr. Christina Griessler teilzunehmen. Diese Veranstaltung wurde vom AUB Alumni Verein initiiert.

Die Zitate stammen aus publizierten Werken und Arbeitsmaterialien des Projektleiters Prof. Dr. Jürgen Wertheimer. Der Artikel wurde auf Basis dieser Materialien und nach Konsultation mit Prof. Wertheimer geschrieben.

Patrícia MARITY





Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif – Zur Notwendigkeit einer neuen europäischen Sicherheitsstruktur

Ein Veranstaltungsbericht

Der Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine hat einen Prozess zur Neubewertung der europäischen Sicherheitsarchitektur in Gang gesetzt, dessen Ergebnis noch unklar ist. Klar ist allerdings, dass vor allem Einigkeit in Europa und die enge Kooperation mit den nordamerikanischen NATO-Partnern oberste Priorität sein müssen.

Der am 24. Februar 2022 begonnene Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine erschütterte die bisher bestehende europäische Sicherheitsarchitektur und führte gleichzeitig zu einer starken und einheitlichen Reaktion der Europäischen Union sowie der NATO. Es folgten noch nie da gewesene koordinierte Maßnahmen: Inzwischen neun Sanktionspakete gegen Russland sowie neben finanziellen Hilfspaketen die Lieferung von u. a. Groß-Waffensystemen an die Ukraine durch Mitgliedstaaten, u. a. finanziert von der EU. Wie jede Krise beinhaltet auch die Krise der europäischen Sicherheit eine Chance, nämlich das Wachsen des politischen Willens vor allem im westlichen Teil des Kontinents, die gemeinsamen Sicherheitsanstrengungen zu erhöhen und die dafür nötigen Mittel bereitzustellen. Insbesondere die mittel- und osteuropäischen Länder fühlen sich durch Russlands Aggression in ihren langjährigen Warnungen vor einem russischen Revanchismus bestärkt und sehen sich an alte Traumata erinnert. Doch wie kann die Sicherheitsarchi-

tektur verbessert werden? Welche Rolle kommt hierbei den mittel- und osteuropäischen Staaten zu? Wie kann es Europa gelingen, seine gemeinsamen Werte und Grundsätze zu schützen? – Um Antworten auf diese Fragen zu erarbeiten, lud das Zentrum für Diplomatie der Andrássy Universität gemeinsam mit dem Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung Brüssel vom 4. bis 6. Dezember zur Konferenz „Mittel- und Osteuropa in einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur“ ein.

Bereits am Sonntagabend begrüßten Lukas Wick vom Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung und Dr. Heinrich Kreft, Leiter des Lehrstuhls für Diplomatie II, die bereits in Budapest eingetroffenen Referierenden der Konferenz und luden zu einem gemeinsamen Abendessen ein. Diskussionsmaterial lieferte hierfür die Keynote von Prof. Peter R. Neumann vom Kings College in London, der über die historische Ostpolitik Deutschlands und die damit verbundenen Irrtümer und Implikationen für die heutige Zeit sprach.

Erster Konferenztag: Bilanzen und neue Visionen

Offiziell wurde die Veranstaltung am Montagmorgen von Dr. Kreft, in Vertretung von Rektor Pállinger sowie von Lukas Wick eröffnet. Das erste Einführungsreferat hielt Prof. Ludger Kühnhardt, Direktor des Zentrums für

Europäische Integrationsforschung (ZEI), über die aktuellen Herausforderungen für die europäische Sicherheitsarchitektur. Nach dem Ende des Ukrainekrieges halte er drei verschiedene Rahmenszenarien für eine neue europäische Sicherheitsarchitektur für möglich: eine erneute Bipolarität, eine kooperative Bipolarität oder einen fragilen Multilateralismus. Wichtig für Europa sei es jedoch, eine klare Strategie zu erarbeiten, die inklusiv gestaltet werden müsse, z. B. durch die Vervollständigung der Eurozone, aber nicht zu Protektionismus führen dürfe. Kreft legte im zweiten Einführungsvortrag dar, dass die bisherige kooperative Friedensordnung mit großer Wahrscheinlichkeit durch eine konfrontative Sicherheitsordnung – explizit gegen Russland – abgelöst werde.

In der Folge legten verschiedene Referierende die Sicht ihrer Länder auf „Eine neue europäische Sicherheitsarchitektur – was ist nötig?“ dar. Aus deutscher Perspektive referierte Vanessa Vohs, Doktorandin der Bundeswehr Universität München, über die vom Bundeskanzler angekündigte *Zeitenwende*, womit er Deutschland sicherheitspolitisch aufgeweckt habe, die aber aktuell noch nicht aktiv gestaltet werde. Michal Baranowski, Direktor des Warschauer Büros des German Marshall Funds, legte die polnische Perspektive dar und betonte die Bedeutung der politischen Einheit und kritisierte Ungarns Position in Bezug auf Sanktionen und die Aufnahme neuer NATO-Mitglieder. Aus tschechischer Perspektive forderte Martin Svárovský, Berater des stellvertretenden Sprechers des tschechischen Parlaments, die Überprüfung strategischer Dokumente, nicht nur durch ExpertInnen, sondern auch unter Einbeziehung von PolitikerInnen, damit diese ein besseres Verständnis



László Hajnik, stellv. Staatssekretär für Verteidigungspolitik verlas die Rede des kurzfristig verhinderten Verteidigungsministers Szalay-Bobrovniczky



Prof. Dr. Peter R. Neumann vom Kings College in London bei seiner Keynote zur deutschen Ostpolitik

für sicherheitspolitische Erfordernisse entwickelten. Tamás Csiki Varga, vom Center for Strategic and Defense Studies, schilderte die ungarische Reaktion auf den Angriffskrieg und analysierte Ungarns aktuelle Position, die sich beispielsweise signifikant von der Position der baltischen Staaten unterscheidet. Margarita Šešelgytė, Direktorin des Instituts für Internationale Beziehungen und Politikwissenschaft der Vilnius Universität, betonte die Notwendigkeit einer Niederlage Russlands auf dem Schlachtfeld als eine Voraussetzung für eine neue Sicherheitsarchitektur. Als ehemalige österreichische Außenministerin sprach Ursula Plassnik davon, dass die politische Kommunikation mit der Bevölkerung verbessert werden müsse, um so auch der Herausforderung durch populistische Parteien zu begegnen. Die Gesellschaft müsse darauf vorbereitet werden, dass die Sanktionen gegen Russland langfristig durchgehalten werden müssten mit entsprechenden Konsequenzen zu Hause.

Die Bedeutung der transatlantischen Kooperation und der NATO

Dov Zakheim, ehemaliger stellv. Verteidigungsminister der USA, betonte, dass sowohl Russland als auch China langfristige Bedrohungen für den Westen darstellten, aber aus unterschiedlichen Gründen. Die USA habe jedoch nicht die Ressourcen, beiden Gefahren gleichzeitig entgegenzutreten, daher werde auch Europa stärker gefordert werden. Die NATO werde hierbei in Kooperation mit der EU auch in Zukunft die wichtigste Rolle spielen. Auch



Gruppenbild (v. l. Ludger Kühnhardt, Ursula Plassnik, Heinrich Krcft, Oana Lungescu, Lena Kromm, Martin Svárovský, Margarita Šešelgytė, Géza Jeszenszky, Vanessa Vohs, Tamás Csika Varga)

Oana Lungescu, Haupt sprecherin der NATO, hob hervor, dass die Unterstützung der Ukraine eine transatlantische Anstrengung darstelle. Putin habe weniger NATO in Europa gewollt, werde jedoch nun ein größeres NATO-Engagement sehen. In der aktuellen Debatte dürfe auch nicht vergessen werden, dass der Krieg Russlands gegen die Ukraine bereits 2014 und nicht erst 2022 begonnen habe. In der abschließenden Paneldiskussion bekräftigte auch Géza Jeszenszky, ehemaliger Außenminister Ungarns, das Recht auf Selbstbestimmung, für das auch die NATO einstehe.

Der stellvertretende Staatssekretär für Verteidigungspolitik, László Hajnik, der kurzfristig Verteidigungsminister Szalay-Bobrovniczky vertrat, hob in seiner Keynote-Rede die Bedeutung einer verteidigungspolitisch starken EU hervor, welche ihren Beitrag zu einer starken NATO leisten könne. Mit der Revitalisierung der ungarischen Streitkräfte in enger Zusammenarbeit mit Deutschland ziele Ungarn darauf ab, aktiv daran mitzuwirken. Mittel- und Osteuropa werde allgemein auch durch seine geografische Lage eine zentrale Rolle in einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur spielen, betonte ebenfalls Michael Winzer, Leiter des KAS Büros Budapest.

Paneldiskussion am zweiten Konferenztag

Am Dienstagmorgen eröffnete Thomas Bareiß, Abgeordneter im Deutschen Bundestag, den Konferenztag mit einer Rede zur Energiepolitik, die in jedem neuen Sicherheitskonzept eine wichtige Rolle spielen müsse. Für die zu große Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus Russland zahle insbesondere Deutschland einen hohen Preis. Im abschließenden Panel, geleitet von Botschafter a. D. Thomas Mayr-Harting, wurden die sicherheitspolitischen Herausforderungen für Südosteuropa sowie den Westbalkan beleuchtet. Julianna Ármás vom Institut für Außenwirtschaft und Handel (Budapest) stellte fest, dass die Gefahr eines Übergreifens des Krieges auf Bosnien und Herzegowina sowie auf den Kosovo im Frühjahr durchaus real gewesen sei. Aufgrund seiner Schwächung sei Russland aber auch weniger in der Lage, eine stabilisierende Rolle auf dem Westbalkan zu spielen, sodass das Risiko für mehr Instabilität wachse. Das sah auch Péter Siklós, leitender Berater im ungarischen Verteidigungsministerium, ähnlich. Daher wäre für die Region ein EU-Beitritt noch wichtiger. Die EU müsse in der Lage sein, Stabilität zu



Oana Lungescu (Haupt sprecherin der NATO) berichtete aus der Perspektive der NATO

exportieren, sonst würde sie Instabilität importieren. Allerdings waren sich alle Panelisten darin einig, dass eine schnelle Aufnahme unrealistisch sei.

Aus den verschiedenen (Länder-) Perspektiven, die auf der Konferenz dargelegt wurden, wurde immer wieder deutlich, dass der Krieg in der Ukraine uns zwar alle betrifft, jedoch auf unterschiedliche Weise, was unweigerlich zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen führt. Einig waren sich die Beteiligten jedoch, dass das Ende des Krieges in den Händen Russlands liege und parallel dazu der Aufbau einer verbesserten, an die neuen Rahmenbedingungen angepassten Sicherheitsarchitektur vorangetrieben werden müsse. Mehrfach wurde die Bedeutung einer zügigen Aufnahme Schwedens und Finnlands in die NATO betont und dass wir uns in Europa bewusst sein müssen, dass es Sicherheit nicht zum Nulltarif gibt.

Tanissa CONRADI



ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST



PORTRAIT

Wer war Graf Gyula Andrassy?

Ein Porträt anlässlich seines 200. Geburtstages

Am 8. März 2023 feiert die AUB den 200. Geburtstag ihres Namensgebers Graf Gyula Andrassy der Ältere (1823–1890). Wer war dieser hervorragende ungarische Diplomat und Politiker des 19. Jahrhunderts und warum wurde er Namensgeber der Universität?

Graf Gyula Andrassy war einer der bedeutendsten Diplomaten des 19. Jahrhunderts, der sich stark für eine Verständigung der Völker und eine Zusammenarbeit der mitteleuropäischen Staaten eingesetzt hat. Mit dem Namen Andrassy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest stellten die Gründer die Universität und ihre zukünftige Rolle in die historischen Traditionslinien Mitteleuropas.

Der Politiker Andrassy

Andrassy gilt zusammen mit Ferenc Deák (1803–1876) als Schöpfer der neuen ungarischen Staatlichkeit im Rahmen der Österreich-Ungarischen Monarchie. Die zu realpolitischen Kompromissen bereite Diplomatie von Graf Gyula Andrassy war neben den theoretischen und juristischen Grundlagen, die Ferenc Deák (1803–1876) mit „Weisen der Heimat“ gelegt hatte, maßgebend für das Ausgleichswerk Ungarns mit Österreich 1866–67. Als erster Ministerpräsident und Kriegsminister des Ungarischen Königreichs in der Doppelmonarchie 1867–1871 legte der geniale liberale Politiker Andrassy mit seiner Regierung die Grundlagen zu einem neuen modernen bürgerlichen Ungarn und ermöglichte einen nie vorher gesehenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufschwung des Landes und der Stadt Budapest (Pest, Buda und Óbuda wurden 1873 vereinigt). 1871–1879 wurde er als erster Ungar Außenminister und innerer Ratgeber von Kaiser Franz Joseph I., der in frühe-

rer Zeit, nach der Niederschlagung der ungarischen Revolution 1848/49, den in französischer Emigration lebenden Grafen in Abwesenheit hatte zum Tod verurteilen lassen. Andrassy als Außenminister der Österreichisch-Ungarischen Doppelmonarchie etablierte ein neues Bündnis-system, den Zweibund mit dem Deutschen Reich in Zusammenarbeit mit dem Kanzler Fürst Otto von Bismarck (1815–1898). Es waren auch diese zwei Spitzenpolitiker, die am Ende der Balkankrise am Berliner Kongress 1878 eine neue Friedensordnung für Südosteuropa aushandelten, welche zukünftig leider zu weiteren Krisen führte.

Ohne seine politische Tätigkeit eingehend darzustellen, soll hier noch eine aus regionalhistorischer Sicht gegenwärtig wenig bekannter Tatsache erwähnt werden: Andrassy trug als gemeinsamer Außenminister der Donaumonarchie wesentlich zur modernen Staatlichkeit Rumäniens bei. Er vertrat konsequent die Notwendigkeit der Integration von Rumänien (1862: Fürstentum Rumänien; 1881: Königreich Rumänien) in die neue europäische Machtstruktur. So schloss er den ersten Handelsvertrag mit dem Rumänischen Fürstentum ab und erkannte damit als erster die Stellung dieses Landes in Europa an. Auf dem Berliner Kongress bekam das Fürstentum durch Andrassy auch noch die früher unter osmanischer Herrschaft stehende Dobrukscha (historisches Gebiet zwischen dem Unterlauf der Donau und dem Schwarzen Meer).

Der Mensch Andrassy

Der Graf war bekanntlich ein Realpolitiker. Laut eigener Aussage suchte er Ideale statt in der Politik eher in der Kunst. Er war einer der größten Kunstmäzene seiner Zeit in Ungarn, entdeckte und förderte auch das Malergenie Mihály

Munkácsy. In seiner reichen Kunstsammlung befanden sich auch Werke von Rembrandt. Über Andrássys Charakter erfahren wir interessante Einzelheiten u. a. durch Alexander Okolicsányi (Wirklicher Geheimer Rat; K. u. K. öst.-ung. Gesandter in verschiedenen europäischen Ländern).

Nach Okolicsányi verfügte der Graf über ein enormes Gedächtnis und pflegte deshalb oft anzumerken: „Dies oder jenes studiere ich nicht; wenn ich es wüsste, hätte ich zu viel Mühe es zu vergessen“. Er war eher ein Pragmatiker und Theorien lagen ihm fern. Durch seine hochadlige Erziehung lernte und sprach er von Haus aus mehrere Sprachen (Ungarisch, Deutsch, Französisch und Englisch) – weitere Fremdsprachen konnte er sich unglaublich leicht auch auf Reisen aneignen. Er schätzte Literatur und Theater, doch die akademischen Wissenschaften, besonders die Philosophie, erschienen ihm eher überflüssig und unpraktisch. Er war der Meinung, „dass das menschliche Hirn nur eine

gewisse Anzahl von Läden enthalte, mit deren Anfüllung man vorsichtig zu Werke gehen müsse denn, sagte er, man braucht doch auch Platz fürs Denken“. Im Allgemeinen fand er die großen politischen Zusammenhänge interessanter als kleine Einzelheiten.

Als leidenschaftlicher Reiter pflegte Andrássy vor wichtigen Entscheidungen immer auszureiten. Bei schnellem Galopp konnte er besser und klarer denken als am Schreibtisch. So mussten auch 1878 zwei seiner guten Reitpferde zur großen europäischen Machtkonferenz bei Bismarck nach Berlin mitgebracht werden. Nach seinem Rücktritt von der Politik zog er sich auf seine Güter in Nordostungarn zurück und beschäftigte sich mit Landwirtschaft und Weinbau. Otto von Bismarck erhielt von seinem ‚persönlichen und politischen Freund‘ Andrássy jährlich vom eigenen *Szamorodni-Wein* und betrachtete diesen als das beste Arzneimittel.

Als Andrássy in der Villa Minach (heute in Volosko in Kroatien)¹ am 18.

Februar 1890 verstarb, endete ein nicht konventionelles und politisch bedeutendes Leben. Die Erinnerung an Graf Gyula Andrássy und sein in Ungarn bis zum zweiten Weltkrieg andauernder Kult begannen sofort nach dem Tod. Nach der Verabschiedung durch die Nation und Kaiser Franz Joseph wurden die sterblichen Überreste in seine ländliche Residenz Tóketerebes (heute in der Slowakei) überführt und dort bestattet. Ein Andrássy Denkmal wurde erst 1906 beim neuen Parlamentsgebäude eingeweiht. 2014 bei der Rekonstruktion des *Hauptplatzes der Nation* wurde die am Ende des Zweiten Weltkriegs entfernte Statue an gleichem Ort neu errichtet. Damit wird Andrássys Stelle im Pantheon der ungarischen historischen Persönlichkeiten endlich rehabilitiert.

Henriett KOVÁCS

¹ Mehr zur Villa Minach und zum Tod von Andrássy kann in der Andrássy Nachrichten 2020WiSe S.3–7. nachgelesen werden.

Quellen und weiterführende Literatur finden Sie im [Onlineartikel](#).

Auf den Spuren von Graf Andrássy

AUB Altrector Prof. Dietmar Meyer hat sich auf eine Reise auf den Spuren Andrássys begeben.

Eigentlich hatte ich schon seit längerer Zeit die Idee, Orte zu besuchen, an denen der Namensgeber der Universität lebte, und so gewissermaßen auf seinen Spuren zu wandeln. Im Sommer 2022 ließ sich dieser Plan verwirklichen. Mit einem ehemaligen Professor der Corvinus Universität, der seit vielen Jahren ein guter Freund ist, machten wir uns auf den Weg vom Geburtsort Andrássys zum Mausoleum der Familie. Genauer gesagt: es gab noch einen kleinen Umweg über Borša (ungarisch Borsó) im Südosten der Slowakei, zum völlig restaurierten Schloss, in dem Rákóczi II. (Fürst von Siebenbürgen und Führer des letzten ungarischen Aufstandes gegen das Habsburger Haus, dessen Niederlage mit dem Frieden von Sathmar 1711 besiegelt wurde) im Jahre 1676 geboren wurde. Sowohl das Schloss wie auch die Ausstellung sind empfehlenswert.

Vom Geburtsort ...

Die eigentliche Tour startete im Geburtsort von Graf Andrássy, in Oláhpaták (davor deutsch Lambsdorf, heute slowakisch Vlachovo – ich benutze die Ortsnamen in der Form, wie sie zu den Zeiten Andrássys lauteten), einem – ohne Übertreibung – malerisch gelegenen Dorf, dessen Be-

völkerung über Jahrhunderte vom Bergbau lebte. Über das Haus, in dem Andrássy das Licht der Welt erblickte (was übrigens von mehreren Historikern angezweifelt wird), waren die unterschiedlichsten Informationen im Umlauf – das Spektrum reichte „von gar nichts mehr vorhanden“ bis „das Haus steht noch“. So war es eine angenehme Überraschung festzustellen, dass das Haus nicht nur noch existiert, sondern sich von außen in einem sichtlich renovierten Zustand befindet. Auf das Innere des Gebäudes können diese anerkennenden Worte nicht vollständig übertragen werden. Die eine Hälfte wurde zu einem Museum umgestaltet, die andere zeigt noch deutliche Spuren eines offensichtlich vor einigen Jahrzehnten vollzogenen Umbaus. Letzterer bedeutete die Schaffung eines einzigen größeren Saals, in dem wohl Veranstaltungen der Gemeinde stattfinden, wie die Plakate mit Glückwünschen zum Muttertag demonstrieren. Das Museum auf der anderen Seite hat in erster Linie Bergbau sowie regionale Kultur und Wirtschaft zum Thema, ist gut gestaltet und informativ. Im Rahmen der Ausstellung über den Bergbau erinnern einige Bilder auch an die ehemaligen Besitzer.

... über seine Wahlheimat ...

Kaum 15 km vom Geburtshaus liegt der Ort Betlér (früher deutsch Betler, jetzt slowakisch Betliar), in dem



Schloss in Betlér –
Andrássys Lieblingsaufenthaltort

das Schloss zu finden ist, in dem sich Graf Andrassy am liebsten aufhielt. Gelegen in einem gepflegten Park ist es bereits von dessen Eingang als Gebäude zu erkennen, in dem mit Sicherheit eine bedeutende Familie gelebt haben muss. Auch dieses Schloss ist renoviert, für die Öffentlichkeit zum Besuch freigegeben, doch zu zweit brachten wir nicht die für eine Führung notwendige Zahl von 15 Personen zusammen. So mussten wir uns damit begnügen, Andrassys ehemaligen Wohnort nur von außen betrachten zu können. Verlassen haben wir den Ort mit Überlegungen, wer die noch fehlenden 13 interessierten Personen für einen Rundgang durch das Gebäude sein könnten. Übrigens: ein kurzer Aufenthalt im nahe gelegenen Štítník (ungarisch: Csetnek), einer kleinen ehemaligen Bergbaustadt mit einer imposanten evangelischen Kirche, sollte nicht ausgelassen werden.

... zum Mausoleum

Das Ende seines Lebens verbrachte Graf Andrassy, bereits von Krankheiten gezeichnet, in seinem Schloss in Töketerebes (slowakisch Trebišov). Leider erreichten wir diesen Ort erst am späten Nachmittag, wodurch ein Rundgang durch das Museum nicht mehr möglich war. Allerdings ist der von vielen Spaziergängern, Freizeitsportlern usw. intensiv genutzte Park rund um die Uhr geöffnet, so dass einem Besuch des Mausoleums nichts im Wege stand. Verstorben ist Andrassy während eines Kuraufenthaltes in Volosca – heute ein Teil des bekannten kroatischen Kurortes Opatija (ungarisch: Abbázia, deutsch und italienisch: Abbazia, deutsch auch: Sankt Jacobi) an der Adriaküste, seine letzte Ruhestätte fand er jedoch im Mausoleum, in dem auch seine Ehefrau und sein Bruder bestattet wurden.

Andrássys Mausoleum
in Töketerebes



Eine Reise durch ein Leben aber auch durch die Geschichte

Die zwei Tage veranschaulichten nicht nur mehr oder weniger bekannte historische Ereignisse, sondern vielleicht noch viel mehr die historischen, politischen und geografischen Zusammenhänge der Region, siehe zum Beispiel nur die bewusst aufgeführten unterschiedlichen Ortsbezeichnungen. Die kurze Exkursion machte das im Leben Andrassys erkennbare Gegeneinander, Nebeneinander und Miteinander, das Verständnis seiner politischen Ideen, das Verhältnis von Nationalem und Internationalem – damals wie heute – durch den Besuch von wichtigen Stätten seines Lebens, sozusagen visuell deutlich, und sind meiner Ansicht nach auf keinen Fall vernachlässigbar, wenn die AUB ihrer Brückenrolle in Europa auch in Zukunft gerecht werden will.

Vielleicht besteht die Möglichkeit, im Jahr 2023, wenn genau 200 Jahre seit der Geburt von Graf Andrassy vergangen sein werden, mit interessierten Mitarbeitenden und Studierenden der AUB eine ähnliche Exkursion zu organisieren und durchzuführen.

Dietmar MEYER

Semesterüberblick

STUDIERENDENSCHAFT, DOKTORANDINNEN & ALUMNI

Entspanntes Kennenlernen mit Picknick und Grillfest

Orientierungswoche 2022

Am 6. September 2022 begann die diesjährige Orientierungswoche der AUB. Das engagierte MentorInnen-Team organisierte diverse Veranstaltungen, bei denen die neuen Studentinnen und Studenten sich untereinander und ihre neue Heimat Budapest kennenlernen konnten.

Bei einer kleinen Uniführung konnten die neuen Studierenden mehr über die Universitätsräume und die Geschichte der Universität erfahren. Bei dem darauffolgenden Kick-off Picknick im Museumgarten hatten sie dann die Möglichkeit, bei Kennenlernspielen erste Kontakte zu knüpfen und sich untereinander und ihre MentorInnen kennenzulernen. In diesem ungezwun-

gen Rahmen wurden Erfahrungen und Studienpläne ausgetauscht und erste Freundschaften geknüpft.

Am 13. September 2022 wurden die herrlichen Temperaturen dann noch einmal richtig genutzt und im Hof unseres akademischen Zuhauses wurde die Kohle angeheizt – endlich wurde gegrillt! Das Grillfest gilt für viele als kleines Highlight zum Abschluss der Orientierungswochen,

bei welchem sowohl ältere als auch neue Studierende sich untereinander kennenlernen und austauschen können. Ein breites Angebot von selbstmitgebrachten Salaten und anderen Köstlichkeiten erfreuten das leibliche Wohl. Mit erfreutem Gaumen konnte mit Tischtennis und Karaoke der restliche Abend noch unterhaltsam ausklingen lassen und auf die wunderbaren Orientierungswochen zurückgeblickt werden. Ein Event, bei dem am Ende nicht nur der Magen lächelte.

Karin WIDMANN, Simon HASSLER



Das MentorInnen Team zeigt den neuen Studierenden die AUB



Ausgelassene Stimmung beim diesjährigen Andrassy Ball

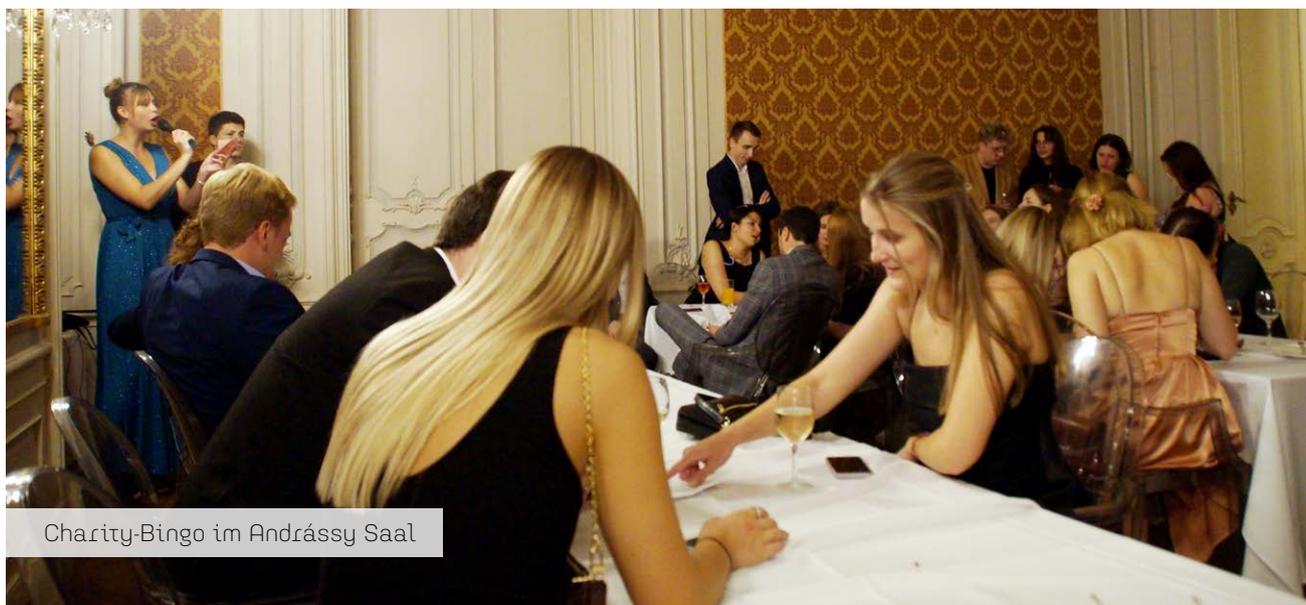
ANDRÁSSY BALL 2022

Wie jedes Jahr zu Beginn des neuen Studienjahres fanden sich viele Gäste in den Festsälen der Universität zum Andrassy Ball ein und feierten in festlicher Atmosphäre.

Auch dieses Jahr lud die Studierendenschaft am 9. September zum Andrassy Ball in die Festsäle der Universität ein. Einen Grund zu feiern hatten sowohl neue Studierende als auch jene, die am selbigen Tag ihr Diplom entgegen nehmen durften. Auch alle anderen Universitätsmitglieder sowie externe Gäste konnten den Ball im festlichen Umfeld genießen. Der Abend startete mit einem abwechslungsreichen Buffet. Im Anschluss begrüßten Stefan Okruch, Alina Alexenko, Andreas Straub und

Sarah Prinz die Gäste und eröffneten den informellen Teil der Veranstaltung. Ein weiterer Höhepunkt des Abends war das Charity- Bingo dessen beachtliche Erlöse an „Arm Women Now“ und Angehörige von ukrainischen KomilitonInnen gespendet werden. Die GewinnerInnen konnten sich über Preise, die dankenswerterweise von Taste Hungary gesponsert wurden, freuen. Insgesamt war der Abend sehr gelungen und bot allen Gästen eine gute Möglichkeit zur Vernetzung, zum Abschied von der Universität oder zur Einstimmung auf das neue Studienjahr. Unser Dank gilt außerdem dem DWC Ungarn für die Unterstützung der Veranstaltung.

Sarah PRINZ



Charity-Bingo im Andrassy Saal



Storchenlager 2022

Für alle Erstsemester-Studierenden und Erasmi stand das Wochenende vom 16.–18. September ganz unter dem Motto „Kennenlernen“. Hierfür machten sich die „Störche“ auf nach Balatonlelle.

Wie es an ungarischen Universitäten Tradition ist, verbringen alle neuen Studierenden – „die Störche“ – zu Beginn des Studiums ein gemeinsames Wochenende. An diese Tradition anknüpfend veranstaltete auch die Studierendenschaft der AUB ein Storchenlager. Dieses Jahr fand es vom 16. bis 18. September in Balatonlelle statt. Mit dem Zug fuhren knapp 70 Studentinnen und Studenten sowie ein fleißiges Organisationsteam von Budapest aus an den Balaton. Vor Ort wurden zunächst die Zimmer bezogen und bei einem Kennenlernspiel erste Kontakte geknüpft. Anschließend ging es gemeinsam ins Ortszentrum, um dort in einem gemütlichen Pub den Abend ausklingen zu lassen.

Zwar zeigte sich das Wetter ganz und gar nicht von seiner besten Seite, jedoch bot das für die motivierten Studierenden keinen Grund zur Resignation und so wurden die geplanten Aktivitäten kurzerhand etwas abgeändert und

teils indoor, teils im überdachten Außenbereich abgehalten. Für Spaß sorgten unter anderem die Bierolympiade oder das Pubquiz. Auch beim Kochen oder Spülen in der Küche hatten die Teilnehmenden immer wieder Zeit, neue Gesichter kennenzulernen und gleichzeitig leckere Mahlzeiten zu zaubern. Gemeinsam wurde so das ungarische Gericht „Lecso“ traditionsgemäß über dem Feuer zubereitet und gerne verzehrt. Anschließend wurde bald schon die Tanzfläche eröffnet und alle Sportbegeisterten konnten beim Tischtennis ihren Ehrgeiz wecken.

Am Sonntagmorgen zeigte sich dann doch noch die Sonne und so sprangen einige in den See oder genossen die Sonnenstrahlen beim Volleyball und Wikinger Schach.

Nach dem Frühstück folgte das gemeinsame Aufräumen und Packen und schließlich war es dann auch schon wieder Zeit für den Rückweg. Etwas müde und erschöpft kamen alle Studierenden heil in Budapest an. Ein besonderer Dank geht an das Orga-Team, bestehend aus Studierenden höherer Semester, welche sowohl die Planung als auch Durchführung des Wochenendes übernommen haben.

Sarah PRINZ

Awareness Wochen mit Comedy Abend an der AUB

Im Rahmen der Awareness-Wochen fand an der Andássi Universität erstmalig eine Stand-Up Comedy Night statt. Mit großem Erfolg: Über 70 Mitglieder der Universität und Externe nahmen teil.

Noch in der Vorbereitungszeit für die Awareness-Wochen haben sich die Mitglieder des Ausschusses für Chancengleichheit

zusammen mit dem Vorstand der Studierendenschaft überlegt, auf welche Art und Weise Awareness-Themen am besten angesprochen werden

können. Die Wahl fiel auf eine neue Form, auf die Organisation eines Stand-Up Comedy Abends, an dem Comedians, die generell Awareness Themen in ihren Shows ansprechen, an die AUB eingeladen werden.

So veranstaltete der Ausschuss für Chancengleichheit am 10. Oktober

Stand-Up Comedians brachten das Publikum im Andrássy Saal zum Lachen und Nachdenken (Foto: Albert Ertl)



2022 im Rahmen der Awareness-Wochen eine Stand-Up Comedy Night an der Andrássy Universität. Die vier Stand-Up KünstlerInnen Rebecka Vilhonen, Noé Bex, Kitti Nagy und Albert Ertl regten durch

ihre Beiträge von jeweils 20 Minuten zum Lachen, aber auch zum Nachdenken an. Auf humoristische Weise wurden Themen wie Sexismus, Stereotypisierungen und Generationenunterschiede angesprochen.

Im Anschluss blieb Zeit, um sich in lockerer Atmosphäre auszutauschen. Auch für kleine Snacks und Getränke war gesorgt. Wir freuen uns über eine rege Teilnahme von über 70 Personen der AUB, sowohl Studierende, Dozierende als auch Mitglieder der Universitätsverwaltung sind gekommen. Finanziell unterstützt wurde die Veranstaltung freundlicherweise vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD).

Neben der Comedy Night gehörten auch ein multikultureller Spaziergang, ein Kurzfilmabend, ein Workshop zur Barrierefreiheit sowie eine Podiumsdiskussion zu den verschiedenen Realitäten von MuttersprachlerInnen und Nicht-MuttersprachlerInnen zum bunten und inspirierenden Programm der Awareness Wochen.

Emese KÜRTI, Elaine PROGSCHA



Portrait: Neuer Vorsitz der Studierendenschaft



ERSTER VORSITZENDER DER STUDIERENDENSCHAFT (HÖK): LARS ERICHSEN

Was ist Ihr Hintergrund und wie sind Sie an die AUB gekommen?

Ich komme aus dem schönen Duisburg im Ruhrgebiet, wo ich auch

meinen Bachelor in Politikwissenschaft absolviert habe. Nach drei Jahren Berufserfahrung habe ich mich entschlossen, noch ein Master-Studium anzuschließen. Im Bachelor habe ich bereits ein Auslandssemester in Budapest an der Pázmány Péter Universität verbringen können und konnte mir eigentlich immer gut vorstellen, noch einmal für eine Weile hier zu leben. Als ich dann erfahren habe, dass ein Studium in meinem Interessenbereich – Internationale Beziehungen – hier sogar auf Deutsch möglich ist, war die Entscheidung schnell getroffen.

Was gefällt Ihnen an der AUB am besten?

Das Alleinstellungsmerkmal der AUB ist für mich die familiäre Atmosphäre. Sie ist auch der Grund, weshalb ich mich von Anfang an

willkommen gefühlt habe. Dadurch, dass wir so eine kleine Universität sind, lernt man schnell so gut wie alle Studierenden kennen und das macht es einfach, hier in ein neues Studium zu starten.

Was bedeutet Ihnen die Studierendenschaft? Warum engagieren Sie sich für die Studierenden?

Ich halte eine gut funktionierende und vernetzte Studierendenschaft für wichtig, um allen ein gutes Studium an der Universität zu ermöglichen und gleichzeitig darauf hinzuwirken, dass das Studium als eine gute Zeit in Erinnerung bleibt und man noch mehr daraus mitnimmt als das in den Kursen vermittelte Wissen. Die Studierendenschaft kann und sollte dazu einen wichtigen Beitrag leisten, ich möchte daran einen Anteil haben.

Wie sehen Sie die Rolle der Studierendenschaft und was erwarten Sie von Ihrer Position als Vorsitzender? Gibt es schon konkrete Vorhaben?

Letztlich ist die Universität für die Studierenden da, daher sollte die Stimme der Studierenden auch gut hörbar sein und ihre Meinungen gebündelt und weitergetragen werden,

z. B. an die Universitätsleitung. Dazu möchte ich als Vorsitzender beitragen und der Studierendenschaft eine starke Stimme geben. In den letzten beiden Semestern wurden Awareness-Wochen durchgeführt, die auch gut angenommen wurden, dies möchte ich gern fortsetzen.

Wie sehen Sie die Zukunft der AUB?

Wenngleich wir uns im Zusammenhang mit Corona und der Ukraine-Krise gerade in schwierigen Zeiten mit vielen neuen Herausforderungen befinden, bin ich trotzdem optimistisch, was die Zukunft der Andrássy Universität angeht. Ich glaube an die Idee einer deutschsprachigen Uni in Budapest und denke, allen, die hier studieren, geht es ähnlich.



ZWEITE VORSITZENDE
DER STUDIERENDENSCHAFT
(HÖK): **EDIT KIRÁLY**

Was ist Ihr Hintergrund und wie sind Sie an die AUB gekommen?

Ich habe meinen Bachelor-Abschluss in Internationalen Beziehungen an der Katholischen Universität Pázmány Péter in Budapest gemacht. Für mich war es wichtig, meinen Masterabschluss an einem Ort zu machen, an dem ich die deutsche Perspektive erleben konnte. Ich schätze mich glücklich, dass ich in meiner Heimatstadt in einem

internationalen Umfeld auf Deutsch lernen kann.

Was gefällt Ihnen an der AUB am besten?

Ein wichtiges Kriterium bei der Wahl der Universität war für mich, dass ich an eine internationale Universität gehe. Die AUB ist da genau richtig und bietet zudem durch die interdisziplinäre Ausrichtung eine ideale Umgebung, um sich fachlich und persönlich weiterzuentwickeln. Die vielen Events der Studierendenschaft sind natürlich auch ein tolles Extra!

Was bedeutet Ihnen die Studierendenschaft? Warum engagieren Sie sich für die Studierenden?

Unsere Universität hat den Vorteil, klein und gleichzeitig international zu sein. So können wir die verschiedensten Leute sehr gut kennenlernen. Ich halte es für wichtig, dass wir weiterhin eine Gemeinschaft für die Zukunft aufbauen, in der wir uns auch nach dem Studium auf unsere Kontakte verlassen können. Dazu macht es mir Spaß, auf andere Menschen zuzugehen und gemeinsam den Uni-Alltag zu bereichern.

Wie sehen Sie die Rolle der Studierendenschaft und was erwarten Sie von Ihrer Position als Vorsitzende? Gibt es schon konkrete Vorhaben?

Ich glaube, dass die Studierendenschaft eine wichtige und entscheidende Rolle im Leben jeder Universität spielt. Sie bildet nicht nur die Grundlage der Universitätsgemeinschaft, sondern bietet auch die Möglichkeit, Beziehungen aufzubauen, auf die man auch nach der Studienzeit zählen kann. Wir möchten, dass diese Beziehungen die Möglichkeit und den Raum erhalten, sich durch universitäre Programme und Veranstaltungen zu entwickeln und dabei den internationalen Charakter der AUB zu nutzen. Ich hoffe, dass ich als Vorsitzende der Studierendenschaft Positives zum studentischen Leben an der AUB beitragen kann.

Wie sehen Sie die Zukunft der AUB?

Ich denke, die AUB ist auf dem richtigen Weg, denn sie hat eine einzigartige und beispielhafte Gemeinschaft im Land geschaffen. Ich glaube, dass dies in Zukunft nur noch zunehmen wird.

Diskussionsrunde zum Thema „Erasmus Irrglauben“

Bei leckeren Snacks und Getränken freuten sich ehemalige Erasmus-Studierende darauf, persönliche Erfahrungen, Tipps und nützliche Informationen mit interessierten KommilitonInnen im Rahmen des Erasmus Lunch zu teilen.

Im Rahmen der diesjährigen Erasmus Days schrieb sich das Referendariat für Erasmus und Internationales auf die Kappe, Missverständnisse rund um das Austauschprogramm aus der Welt

zu schaffen. Bei einem großzügigen Buffet samt Sandwiches, Kaffee und Kuchen tauschte man sich zu Fragen der Finanzierung, Studienverlängerung oder auch möglicher Auslandsdestinationen aus.

Das Format bot allen Teilnehmenden ebenfalls die Möglichkeit, sich über die Thematik des Austauschprogramms hinaus untereinander zu vernetzen und so überraschte es nicht, dass nach Ablauf der Diskussion und dem Verspeisen der Köstlichkeiten weiterhin eine große Anzahl an Anwesenden miteinander im Gespräch verblieb.

Den Veranstalterinnen Emese Kürti und Patrick Haasler gelang es in Zusammenarbeit mit ehemaligen Auslandsstudierenden, zukünftigen StipendiatInnen den Weg ins Fremde zu erleichtern und sie so bestmöglich auf das neue Abenteuer vorzubereiten.

Hast auch du Fragen, so wende dich ganz einfach an erasmus@andrassy-uni.hu.

Emese KÜRTI,
Patrick HAASLER



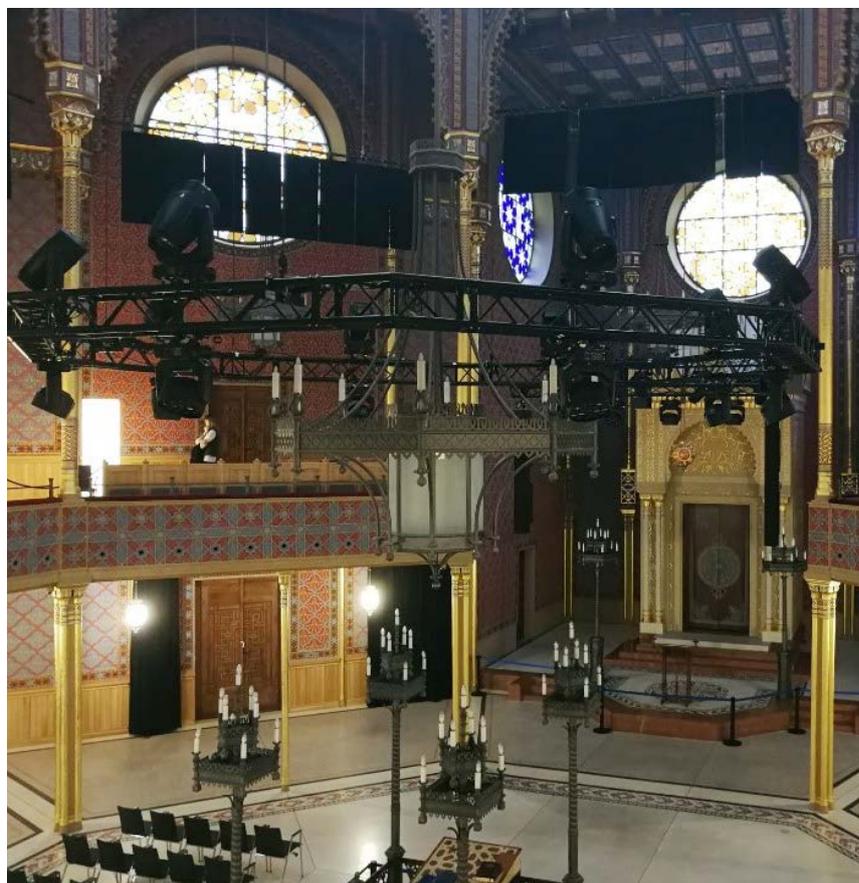
Unter der Moderation von Patrick Haasler berichteten (ehemalige) Studierende von ihren Erasmus Erfahrungen

Erstsemester und Erasmus Studierende besuchen die Rumbach Synagoge in Budapest

Am ersten Advent besuchten Studierende die Rumbach Synagoge und stießen danach auf dem Weihnachtsmarkt auf die Weihnachtszeit an.

Am ersten Advent, Sonntag, den 27. November 2022, besuchten aktuelle Studierende zusammen die Rumbach Synagoge, des Architekten Otto Wagner in Budapest. Dort lernten sie bei einer deutschsprachigen Führung die Geschichte der Synagoge und der Jüdinnen und Juden in Ungarn kennen und konnten all ihre Fragen bezüglich des Judentums stellen. Nach der Führung konnten die Studierenden die Synagoge selbst noch etwas erkunden und sich mit der Geschichte der Juden und Jüdinnen in Ungarn vertiefend beschäftigen. In der interaktiven Ausstellung in der Synagoge konnte die Geschichte einer jüdischen Familie über sieben Generationen hinweg nachverfolgt werden. Danach ging es weiter auf den Weihnachtsmarkt, wo sich über die Erfahrungen ausgetauscht sowie auf den ersten Advent angestoßen wurde.

Karin WIDMANN



Besuch in der Rumbach Synagoge

Karrierechancen nach der AUB

Ein Studium an der AUB qualifiziert die AbsolventInnen für vielfältige Karrierewege und wir freuen uns immer, wenn Alumni den Kontakt zu ihrer Alma Mater halten und von ihrem weiteren Werdegang berichten. Im letzten Semester hat uns Post von vier Alumni erreicht, die auch nach ihrem Abschluss noch vom AUB Netzwerk profitieren können.



Die IB-AbsolventInnen Benjamin Coester und Sarah Diehl durchlaufen aktuell die Attachéausbildung des Auswärtigen Amtes

Benjamin Coester und Sarah Diehl haben beide Internationale Beziehungen an der AUB studiert und sich in Berlin wieder getroffen, wo sie beide vor Kurzem ihre Attachéausbildung begonnen haben. Jedes Jahr bereitet das Auswärtige Amt seinen Nachwuchs im höheren Auswärtigen Dienst mit einem 12-monatigen Vorbereitungsdienst auf die späteren Aufgaben im In- und Ausland vor. Während der Ausbildung lernen die Attaché(e)s zahlreiche KollegInnen aus der Zentrale oder einer Auslandsvertretung kennen, die in praktischen Ausbildungseinheiten Erfahrungen vermitteln und damit die theoretische Ausbildung ergänzen. So erleben die Attaché(e)s bereits im Laufe der Ausbildung, wie unterschiedlich die späteren beruflichen Stationen aussehen können.



AUB Alumna Felicitas Kahles (ifa-Kulturmanagerin an der Deutschen Bühne Ungarn)

Felicitas Kahles und Johannes Schmidt AbsolventInnen des Studiengangs „Mitteleuropäische Studien – Kulturdiplomatie“

an der Andrássy Universität Budapest arbeiten beide seit 2022 für das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) und haben sich beim gemeinsamen Mitarbeiterseminar in Berlin wiedergetroffen. Das ifa engagiert sich als Mittlerorganisation der deutschen Außenkulturpolitik weltweit für ein friedliches Zusammenleben von Menschen und Kulturen. Dafür gibt es seit 27 Jahren das Entsendeprogramm, durch das KulturmanagerInnen und RedakteurInnen Partnerinstitutionen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa oder in einem Staat der GUS unterstützen. Von diesen aktuell 17 Entsandten haben gleich drei an der Andrássy Universität Kulturdiplomatie studiert!

Felicitas Kahles arbeitet seit Anfang des Jahres als ifa-Kulturmanagerin an der Deutschen Bühne Ungarn (DB) in Szekszárd, dem einzigen professionellen deutschsprachigen Schauspielhaus in Ungarn. Es bietet der deutschen Minderheit, Deutschlernenden, AusländerInnen aus dem deutschen Sprachraum und allen, die an deutschsprachiger Kultur interessiert sind, professionelle Theatervorstellungen in deutscher Sprache.



Foto: © ifa by Harry Schnitger

AUB Alumnus Johannes Schmidt (ifa-Kulturmanager am Haus der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit in Gliwice)

Johannes Schmidt ist seit September als ifa-Kulturmanager an das Haus der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit nach Gliwice entsandt. Zu den Zielen und Aufgaben des Hauses der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit gehören unter anderem die Förderung und Vertiefung der deutsch-polnischen Beziehungen, die Förderung der deutschen Minderheit und die Förderung von Maßnahmen und Initiativen in den Bereichen Wissenschaft, Kultur, Geschichte, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik.

Bereits seit 2019 unterstützt Christoph Strauch als ifa-Redakteur die Deutsche Allgemeine Zeitung in Almaty. Die DAZ ist eine moderne Zeitung, die auf Deutsch und Russisch aus Kasachstan berichtet und mit Beiträgen aus Deutschland die deutsche Minderheit im Land auf dem neuesten Stand hält.

Wir wünschen allen Alumni und Alumnae der AUB viel Erfolg auf ihren weiteren Karrierewegen und freuen uns auf weitere spannende Berichte >> einfach per Mail an alumni@andrassyuni.hu.

Boglárka EMSZT

